

Er scheint täglich außer Montag.
Abonnements-Preis für Berlin:
Wochenschriftlich 2,30 Mark, monatlich
1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf.
In's Ausland: Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf.
Vierteljahrabonnement: 8,20 Mark pro
Semester. Unter Kreuzband: für
Deutschland u. Oesterreich-Ungarn
3 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Eingetragen
in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse
für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die
einzelnen Zeilen 10 Pf. ober deren
Raum 40 Pf., für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen 20 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr Nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr Vor-
mittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluss:
Juli 91, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Neuh-Strasse 2.

Freitag, den 13. November 1891.

Expedition: Neuh-Strasse 3.

Es kracht in Rußland!

Als ich meinen letzten Artikel über die Hungersnoth in Rußland schrieb („Vorwärts“ Nr. 187), war es noch un- möglich, einen völligen Ueberblick über das Gebiet dieser Noth zu gewinnen. Jetzt, wo die Ernte-Arbeiten beendet sind, und der Winter allmählig die weiten öden Gefilde in sein schneeliges Reichthum hüllt, ist die Lage der 40 Millionen hungernden Russen unheimlich klar. Nach den offiziellen Angaben bleibt die Gesamtternte in Roggen um 3 871 000 Tonnen hinter dem Durchschnitt zurück; das bedeutet, in Geld umgerechnet, ein Defizit von 670 Millionen Mark. Andererseits hat die Bevölkerung der zwanzig von der Hungersnoth betroffenen Gouvernements nach den maßigsten Schätzungen eine Unterstützung von 425 Millionen Mark nötig, um die Felder bestellen zu können und nicht gerade Hunger zu sterben. Statt dessen hat die Regierung des Jahres dem Volke bisher nur lumpige 60 Millionen Mark vorgeworfen, und auch die erst nach einem empörenden Streit mit den Semstwo, denen sie vorwarf, „aus Oppositionsgeist“ zu viel Geld für die Bauern zu fordern. So fand Herr Wessnjakoff, Leiter des Departements für Landwirtschaft, bei seiner Reise durch die von der Hungersnoth gepeinigten Gegenden, daß das Gouvernement Saratow statt der 18 Millionen Mark, welche sein Semstwo forderte hatte, sehr gut mit 2 Millionen auskommen konnte, und daß das Gouvernement Nishnij-Nowgorod gleichfalls mit 2 Millionen für 16 genügend versorgt sei. Ein anderer hoher Beamter des Finanzministeriums sagte in seinem Bericht, die Hungersnoth in Saratow sei furchtbar aufgebauscht, man könne fast sagen, durch die Journalisten erfunden. Er selbst habe mit eigenen Augen viele von diesen großen Faulpelzen, den Bauern, betrunken auf dem Markt von Chwalynsk! hinstürzen sehen. Dies unbestätigte „Auge des Jaren“ vergaß nur hinzuzufügen, daß jene Leute tatsächlich trunken, aber trunken vor Hunger waren, und daß sie hinstürzten, um nie wieder aufzustehen; sie starben an Enttäuschung. Aber das alles übertrifft eine vor Kurzem im „Reichsboten“ erschienene Notiz, in welcher die Regierung an Lügen und Egoismus geradezu Maßloses leistet. Sie behauptet, daß dank ihren Anstrengungen die Winterfrüchte auf einem fast normalen Gebiete bestellt seien. Und dabei verschleiern alle Zeitungen bis zu den reaktionärsten übereinstimmend, daß im östlichen Rußland (Samarra, Saratow) diese bebauten Fläche um 2/3 abgenommen hat und daß sie in Mittel-Rußland (Cherson etc.) kaum 1/3 des Normalen beträgt. Zur selben Zeit mag die Regierung zu verkünden, sie habe nur deshalb kein Geld mehr, weil sie nicht wollte, daß die schützende Sorge der Regierung hinsichtlich der Bedürfnisse des Volkes in Rücksicht gegenüber der Trägheit, welche die produktiven Kräfte des Landes schwäche, umschlage. Welche Erbarmenheit in Stil und Gedanken! Also ihr seid Faulenzer, ihr Bauern von Kasan, von Kasan, die ihr wie die Fliegen dahinstirbt, als Opfer des Hunger-

typhus! Faulenzer seid ihr, ihr Bauern von Woroneß, die ihr Sauerampfer und Kunkelrüben eßt und, um den Magen zu täuschen, die Körner der Sonnenblumen verschlingt; Faulenzer seid ihr Bauern von Saratow, dessen Gouverneur, der General Kossitsch, die gräßliche Lage folgendermaßen schildert: „Kein Stroh, kein Heu, kein Futier für das Vieh, keine Nahrung für die Menschen, kein Geld, keine Vorräthe“; und trotzdem auch ihr Faulenzer, Bauern von Orenburg und von Samara, deren Frauen sich selbst den Tod geben, um den furchtbaren Qualen des Hungers zu entgehen, und deren Kinder selbst Erde und Lumpen verschlingen!

Aber die Regierung hält ihre Lügen bloß für die sogenannte „öffentliche Meinung“ für gut. Dem Volk gegenüber verfügt die Regierung „Väterchens“ über gewichtigere Beweismittel. Seit Monaten passiren ganze Regimenter die Stadt Rybinsk und ziehen nach dem unteren Gebiet der Wolga, um Aufstände zu unterdrücken, welche im östlichen Rußland (in den Gouvernements Kasan, Saratow, Samara) ausbrechen, wie sie Ende August und im September in West-Rußland, in Schamli, Witebsk, Polozk und Düna- burg ausgebrochen sind. Die Geister der Bauern sind thatsächlich äußerst erregt. Die alten und geglaubten Aemternärchen vom Jaren, von seiner Uebermenslichkeit, Väterlichkeit und Allmacht werden bezweifelt und brechen zusammen. Die Regierung zerbricht sich augenblicklich den Kopf über die Häufigkeit der Majestätsverbrechen unter der Landbevölkerung — etwas früher geradzu Un- erhörtes. Zwei ausnehmend bezeichnende Fälle, welche die Regierung aufs Sorgfältigste zu vertuschen sucht, haben sich in Saratow abgespielt. Im einen forderte ein maderer Soldat der kaiserlichen Garde, der aus St. Petersburg in sein heimatliches Dorf kam, die Bauern auf, keine Steuern mehr zu bezahlen: „Ich habe das Leben der Jaren aus der Nähe gesehen“, sagte er, „all unser Geld wird für Pferde, Champagner und Huren ausgegeben.“ Im zweiten Fall schlug ein verhungertes Bauer ein einfaches aber gründliches Mittel vor, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen: „Wenn zahlen wir? Dem Jaren, nicht wahr? Gut! Wir müssen ihn tödten: ohne Jaz keine Steuern.“ Ueberall sind die Bauern auch gegen die Abgaben und Großbesitzer aufs Aeußerste erregt. Sie beschuldigen sie, zu hohe Zinsen zu fordern und zu niedere Löhne zu zahlen. In Zentral-Rußland (in den Gouvernements Orel und Kaluga) wurde den Eigenthümern, welche es verstanden, mit den Bauern in gutem Einvernehmen zu leben, von den Bauern gerathen, das Land zu verlassen und sich in die Städte zurückzuziehen. Gott weiß, was mit euch in diesem Winter geschehen könnte; geht fort! Das Vieh hat keine Augen zum Sehen und keine Ohren zum Hören.“ Im Gouvernement St. Petersburg, also ganz nahe dem Mittelpunkt der Verwaltung, sind die Geister der Landbewohner so erregt, daß die Landshauptleute des Kreises Luga, weil sie Angriffe auf die Adligen fürchteten, den Bauern befahlen, jeden Abend um 9 Uhr das Licht in ihren Wohnungen

auszulöschen und sich dann nicht mehr auf der Straße blicken zu lassen: also eine Art von Belagerungszustand zu Gunsten der bevorrechtigten Klassen. Uebrigens werden diese, durch das Gesetz vom 25. Juli 1889 eingeführten Landshauptleute, welche die Regierung aus den Adligen wählt und die über ihre Bauern zu Gericht sitzen und zugleich die Verwaltung führen, von der Bevölkerung im höchsten Grade verabscheut. Sie stoßen ihr mehr Haß als Furcht ein. Aeußerst charakteristisch ist folgender Fall: Der Landshauptmann des Kreises Wogoroditz im Gouvernement (Regierungsbezirk) Tula, der Fürst Myscheky, erlaubte sich, einen Bauern beim Bart zu packen; im nächsten Augenblick befand sich dafür der seidenweiche pomadifirte Bart des Fürsten in den derben Händen des Muschik (Bauern). „Nah meinen Bart“, schrie der Fürst. — O nein, Du hast erst den meinen loszulassen, Durachlaucht! ...“

Aber die Regierung des Jaren wird außer mit der Unzufriedenheit des Volkes auch noch mit einer erschreckenden Abnahme der Einnahmen zu kämpfen haben. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres betrug der Anfall allein an Getränkesteuern 20 Millionen Mark. Außerdem konnten schon im vergangenen Jahre die Bauern der Gouvernements Ufa, Nishnij-Nowgorod und Simbirsk dem Fiskus nur 2/3 ihrer Steuern zahlen, und die Bauern der Gouvernements Samara, Orenburg und Kasan gar nur die Hälfte. So weiß nun Herr Wjshnegradsky nicht, was er anfangen soll: Der Rubel beginnt wieder stärker zu schwanken und, die Hälfte alles Unglücks, die neue 400 Millionen-Anleihe, die herrliche, die berühmte Anleihe, die in Paris 7 1/2 Mal überzeichnet wurde, stellt sich als ein kolossaler D u m b u g heraus. Ich kann ohne Furcht vor einem Dementi versichern, daß diese Anleihe sich augenblicklich kaum zu 2/3 in den Händen wirklicher Käufer befindet. Den Rest (ungefähr 130 Millionen Mark) ist das Syndikat von Bankiers, welches die ganze Angelegenheit in die Hand genommen hat, bisher noch nicht los geworden, und es ist höchst wahrscheinlich, daß die russischen Papiere mit einer, selbst für Papiere des Reiches der Jaren erstaunlichen Geschwindigkeit fallen werden. Die Börslaner suchen diesen Mißerfolg Herrn Wjshnegradsky in die Schuhe zu schieben, der allzu sicher auf Kronstadt gezählt und es diesmal unterlassen habe, den Futtertrog der Bourgeois-Prese von Paris in gewohnter Weise (mit 100—200 000 M.) zu füllen. Das habe den Eifer dieser „natürlichen Verbündeten“ des Jaren ganz eigenthümlich abgekühlt. Wie dem auch sein mag, dem Jaren stehen allmählig Zweifel an dem Finanzgenie Herrn Wjshnegradsky's auf und die Stellung dieses einzigen Millionengaulers scheint stark erschüttert zu sein. Der Sturz Wjshnegradsky's bedeutet den Beginn des Bankrotts des absolutistischen Finanzsystems und vielleicht auch den Beginn der Revolution. Bleibt er dagegen auf seinem Posten, so wird Rußland durch die Steuern und den kaiserlichen Börsenwucher völlig ausgefogen werden, und als Folge die Revolution ausbrechen, aber furchtbarer als im ersten Fall. Auf kaiserliche Hoheit, das Dilemma ist lösend und

Feuilleton.

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.
Ein eifriger Nordostwind hatte sich erhoben.
— Nun sind wir allein, Larivette, jetzt können Sie sprechen. Was haben Sie mir Neues mitzutheilen?
Die Blumenhändlerin erzählte ihm in wenigen Worten die Scene, welche am Morgen stattgefunden hatte, und schilderte das Erstaunen, welches sie empfunden bei dem Erscheinen der verschleierten Dame und bei den Fragen, welche sie bezüglich Charlotten gestellt.
Sie schloß mit der Erzählung von dem Anerbieten des Zwanzig-Frankstücks, das sie zurückgewiesen hatte und allein darum nicht hatte wiedergeben können, weil die Dame in ihrem Wagen eiligst davon fuhr. Marche-Seul hatte wohl begriffen, von wem die Rede war, und zu einem anderen Zeitpunkt hätte er eine heftige Erregung gefühlt, jetzt aber, wo er entschlossen war, Charlotten und seinen besten Freunden alle Geheimnisse seines Lebens zu enthüllen, blieb er unempfindlich.
— Ja, ich weiß, Larivette, wegen dieser Dame eben will ich Euch morgen Abend bei Michel vereinigen.
Beunruhigt Euch darüber nicht.
— Aber das ist nicht alles, begann Mijoulet wieder. Am dem Abend, wo Herr Robert Guidal mit uns vor der Dube sprach, ist die Dame in ihrem Koupée wieder vorbeigefahren, und Herr Robert ist ihr gefolgt.

— Sie wohnt in den Olyseischen Feldern und nennt sich Gräfin, unterbrach ihn Marche-Seul.
— Nein, Bürger Marche-Seul, sie wohnt auf dem Plage St. Sulpice und nennt sich Frau Deshommes.
Wir haben Sie davon benachrichtigen wollen, weil uns dies verdächtig vorkam.
Frau Deshommes! Ha, die Lügnerin! Entschieden ist es das Beste, damit gleich zu Ende zu kommen. Sie waren eben an der Ecke der Rue Saint-Severin und der Rue de la Harpe angekommen. Larivette und Mijoulet blieben stehen.
— Das ist Alles, was wir Ihnen zu sagen hatten, jetzt werden Sie nach Hause zurückkehren, Herr Marche-Seul, Sie sind leidend und es ist eine grimmige Kälte.
— Danke, meine Freunde, morgen werdet Ihr Alles erfahren, nun guten Abend.
Er hatte sich umgewendet, nachdem er einen herzlichen Händedruck mit den beiden jungen Leuten ausgetauscht und war in der Nacht verschwunden.
— Findest Du nicht Alles dieses sonderbar? fragte Mijoulet Larivette.
— Ja wohl, aber ich glaube, daß wir morgen Abend neues hören werden. Und ohne ein Wort weiter zu sprechen, verfunken in ihre Gedanken, gelangten sie in die Rue Paganin. Vor der Thür des Hauses angekommen, in welchem Larivette wohnte, umarmte Mijoulet seine kleine Freundin, wünschte ihr gute Nacht und entfernte sich, um sein Zimmer zu erreichen, das versteckt in der höchsten Etage eines alten Hauses der Straße Saint-Jacques lag.
Marche-Seul war nach Hause zurückgekehrt und sein Entschluß war um so fester, je entschlossener er seine Frau

sah, zu handeln und sich zwischen Charlotte und ihn zu drängen.
Als er in seinem Zimmer angekommen, umarmte er Charlotte zärtlicher als gewöhnlich.
— Vater, ich liebe Dich mehr als jemals. Schlafe wohl und versuche ein wenig, Deine Leiden zu vergessen!
Sie ging in ihr Zimmer und schloß die Thür hinter sich. Marche-Seul hatte sich gesetzt; als er sie sich nicht mehr bewegen hörte und vermuthete, daß sie in ihrem Bette schlief, stand er auf.
Aber anstatt sich schlafen zu legen, ging er auf einen alten aus Mahagoni gefertigten Schreibtisch zu, in dem er gewöhnlich alle seine Papiere aufbewahrte.
Er öffnete eine kleine Schublade und nahm daraus einen Stoß vergilbter Blätter hervor, unter denen er ein Blatt mit lausamischer Ueberschrift wählte, auf dem einige Zeilen von weiblicher Hand aufgezeichnet waren.
Diese Zeilen las Marche-Seul mehrere Mal langsam. Sein Gesicht war nicht mehr hart. Aus seinen Augen flossen über seine durch die Erinnerung an ein ganzes Leben voll Schmerz und Kämpfen lebhafter gerötheten Wangen große Thränen.
Er durchlebte noch einmal die flüchtigen Stunden, des Glücks seiner Jugend, die, ach! nur allzu früh verschwunden waren!
Und er fühlte sein Herz erstarren, als er sich an den tiefen Schmerz erinnerte, den er zu der Zeit erlitten hatte, in welcher er den Verrath derjenigen erfuhr, die er geliebt, der er sein Leben geweiht und die er mit seiner jungen Liebe umgeben hatte.
Welch sonderbare Erscheinung, gegen die sich zu wehren er sich trotz des erlittenen bitteren Unrechtes unfähig fühlte.

Auch in den Niederlanden zeigt sich der Patrio-
tismus der Bourgeoisie in der Abwägung der Lasten
auf das Volk. Auch in den Niederlanden soll die „na-
tionale Wehrkraft“ erhöht werden und hat zu diesem
Zweck der Kriegsminister Seyffardt eine Gesetzesvorlage einge-
bracht, durch welche die Dienstpflicht im stehenden Heere von fünf
10 Jahre erhöht wird, und nach wie vor die Reichen sich
von der Dienstpflicht durch Stellung eines Stellvertreters
loskaufen können. Die Heuchelei freilich wird hierbei ver-
mieiden, daß man wie anderwärts von allgemeiner Wehr-
pflicht spricht, während dieselbe den Besitzenden zwar nicht
ganz abgenommen ist, sie aber dafür in der Weise im
Gegensatz zu der großen Masse der Dienstpflichtigen Er-
leichterungen und Auszeichnungen erfahren, daß die Last
ihnen möglichst wenig fühlbar gemacht wird. In den
Niederlanden wie in Belgien zeigt sich der Egoismus der
Bourgeoisie bei der Wehrpflicht in der nächsten Bruta-
lität.

In Brasilien stößt die Diktatur des Präsidenten Jon-
seca auf starken Widerstand. Die brasilianische Provinz
Rio-Grand do Sul hat ihre Unabhängigkeit erklärt und
befindet sich, wie telegraphisch gemeldet wird, vollständig
in den Händen der Widerjacher der Diktatorische Jon-
seca's.

Korrespondenzen und Parteiinrichten.

Die Sozialdemokratie des Eufengebietes und der um-
liegenden schlesischen Bezirke hält am 22. November in Pan-
genblau eine Konferenz ab, auf welcher die Abrechnung
vom „Proletarier“ sowie der Bericht des Vertrauensmannes
gegeben und die Art und Weise der zukünftigen Agitation be-
sprochen werden wird.

In Lemgo wurden bei den Wahlen zum Gewerbegericht in
der Klasse der Arbeiter die sozialdemokratischen Kandidaten mit
großer Mehrheit gewählt.

Zur Krieger Stadtverordneten-Wahl wird uns geschrieben:
Der erste Tag hat uns den erhofften Sieg nicht gebracht, wenn
auch unsere Stimmen gegen das Vorjahr zugenommen haben.
Unsere vereinigten Gegner haben auf ihre beiden Kandidaten, den
Stadtverordneten-Vorsteher Kruse und den Bauereidirektor
Schwenfen, 2547 Wähler mit 5082 Stimmen vereinigt, während
auf unsere beiden Kandidaten Haase und Schwärzel 2258 Wähler
4502 Stimmen abgegeben haben. Im vergangenen Jahre er-
hielten am ersten Tage unsere Gegner von 1147 Wählern
2226 Stimmen, während wir mit 1891 Wählern und
2779 Stimmen den Sieg behaupteten; am zweiten Tage im
letzten Jahre behaupteten unsere vereinigten Gegner mit
2600 Wählern und 5160 Stimmen gegen 2098 sozialistische
Wähler mit 4171 Stimmen den Sieg. In diesem Jahre haben
unsere Gegner noch einen kleinen Rückgang zu verzeichnen,
während wir trotz der ungeheuerlichen gegen uns in
Anwendung gebrachten Repressivmaßnahmen einen Zuwachs
an Stimmen zu verzeichnen haben. Schon die Art und Weise
der Ernennung der 24 Wahlvorsteher ließ wenig Unparteilichkeit
erkennen, denn nur auf energisches Betreiben unseres Stadt-
verordneten-Vorsteher hatte man zwei aus unseren Reihen dazu
gewählt, während zu den anderen zweiundzwanzig Personen aus-
gewählt wurden, die, wie beispielsweise Herr H. Pomrat, als
Mitbesitzer der gleichnamigen Werk, die Arbeiter von der Wahl
zurückzuführen geeignet waren. Der erste Wahltag nun hat
selbst unsere bescheidensten Hoffnungen an der unerhörten Rück-
sichtslosigkeit unserer Gegner scheitern lassen. In ein und dem-
selben Wahlkreis, wo man den von einem gegnerischen Wähler
hingeführten Zettel für genügend erachtete, um die Namen der
Kandidaten davon abzuschreiben, wurde ein Arbeiter zurück-
gewiesen, weil er die Namen auf dem Zettel nicht zu lesen
vermochte, aber ausdrücklich erklärte, er wolle die darauf
verzeichneten Personen wählen. Der Name unseres gegnerischen
Kandidaten Schwenfen hatte etwas Ähnlichkeit mit dem Namen
unseres Kandidaten Schwärzel, welcher nur etwas schwerer aus-
zusprechen ist. Nun kam es wiederholt vor, daß Wähler den
Namen unseres Kandidaten Haase genannt hatten und beim
zweiten Namen Schwärzel zu hocken begannen. Von den Wahl-
vorstehern wurde es uns nun streng unterlagt, solchen Beuten im
Bedacht zu haben oder im Lesen nachzusehen, während man sie durch
Fragen und Nennung des gegnerischen Namens Schwenfen so
verwirrt machte, bis man leichten Namen von den Lippen des
lauschenden Wählers herunter hatte. Durch solche Manipu-
lationen hat man 14 für Schwärzel bestimmt gewesene Stimmen
für Schwenfen erlangt. Hieraus erklärt sich auch das
verblüffende Resultat, monach Schwenfen 14 Stimmen
mehr als sein Kollege Kruse bekam, während
unser Genosse Schwärzel mit diesen 14 Stimmen
hinter den Stimmen des Genossen Haase zurück-
blieb! Ein anderer Wähler wurde zwei Mal vom Wahlkreis
mit dem Bemerkten zurückgewiesen, er siehe nicht in der Liste,
erst als er sich zum dritten Male herandrängte, fand er auf
einem Male in der Liste! Andere Wähler hat man zurückgewiesen,
weil sie noch kein Jahr lang die zweite Steuerstufe bezahlt hatten,
ein Verstoß, welches direkt gegen die Städte-Ordnung verstoßt,
die nur die Veranlagung zur zweiten Steuerstufe verlangt.
Wieder andere sind gestrichen worden, weil sie vor
vier, fünf und noch mehr Jahren das Krankenhaus
auf städtische Kosten benutzt haben. Nach solchen hat man das
Wahlrecht genommen, die in diesem Jahre städtische Unterstützung
bezogen, aber die betr. Summe laut Quittung bereits wieder
zurückgezahlt hatten. Ein anderer Wähler war richtig einge-
tragen, aber hinter seinem Namen fand sich die Bemerkung, daß
er aus Kiel verzogen sei. Dieser seit 8 Jahren in Kiel woh-
nende Wähler wurde auch dann nicht zugelassen, nachdem er durch
sein herbeigeschafftes Anwesenheits- und Wahrheitsbeweis für seine
ununterbrochene Ortsansässigkeit erbracht hatte. Derartige Be-
schwerden über zu Unrecht zurückgewiesene Wähler sind beim
Schluss der Wahl 102, sage und schreibe hundert und zwei
eingelaufen. Selbstredend werden wir dieselben zu einem Wahl-
protest benutzen.

Ueber das Resultat des zweiten Wahltages meldet uns ein
Telegramm folgendes: Für die Kandidaten unserer Partei gaben
2226 Wähler 4445 Stimmen ab, während die vereinigten Gegner
es auf 2098 Wähler mit 5243 Stimmen brachten.
Die Kandidaten der Kartellbrüder sind also gewählt. Daß
die letzteren keine Ursache haben, auf diesen Sieg stolz zu sein,
ist aus vorstehendem Bericht zu ersehen. Unsere Parteigenossen
werden nicht leicht so gutes Agitationsmaterial geboten bekommen,
als es sich in den Manipulationen darstellt, durch welche die
Krieger Ordnungsparteien ihren Sieg errangen.

Aus Magdeburg-Buckau wird über die Stadtverordneten-
wahl noch folgendes berichtet:
Die Beteiligung war eine ungemein starke. Alles hatte sich
gegen und vereinigt. Konservatives, Nationalliberales, Deutsch-
christliches, Christlich-Soziales, der Hausbesitzerverein, Insektverein,
Christlicher Bezirksverein, Verein Kaiser Friedrich, Handwerks-
meister-Verein — alles, alles vergab den alten Hader und stellte
gegen unsere Kandidaten Kees und Bremer gemeinsame Kandi-

daten auf. Was nur Uebles zu erlangen war, wurde erfunden
und angewendet, um uns zu Fall zu bringen. Aus den einzelnen
größeren Fabriken waren — wie der „Vorwärts“ schon mitgeteilt —
Wahlkreiser in großer Zahl im Wahllokale anwesend, um einen
Druck auf die wählenden Arbeiter auszuüben. Aber Alles war
vergebens, vollständig kamen die Arbeiter der einzelnen Werkstätten
zur Wahl und nannten laut, spöttische Blicke nach dem Tisch der
Wahlkreiser werfend, die Namen der sozialdemokratischen Kan-
didaten. Alle Manipulationen halfen nichts. Es wurden an
Stimmen abgegeben für Kees (soz.) 975, Janocke (Kartell) 853,
Kerffeldt 16; auf 2 Jahre für Bremer (soz.) 935, Duschstein
(Kartell) 901, gesamt 17.

Wir können auf dieses Resultat stolz sein, da die 1. und
2. Steuerklasse kein Stimmrecht besitzt und infolge dessen die
meisten Arbeiter nicht wählen dürfen.

In die Stadtverordnetenwahlen treten die Sozial-
demokraten Dresdens mit einem Programm ein, das
folgende Forderungen enthält: Einführung des allgemeinen
und gleichen Wahlrechts, Umänderung der jetzigen Stichwahlen
in Bezirkswahlen und Neueinteilung der Wahlbezirke, Ein-
richtung einer stufenweise steigenden städtischen Einkommensteuer
und Aufhebung der städtischen Eingangsteuer, einheitliche Volkss-
schule und Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel
in den Volksschulen, Abschaffung aller Aufwendungen aus öffent-
lichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken, Abschaffung
des Submissionswesens und Uebernahme aller öffentlichen Unter-
nehmungen durch die Stadt, Beseitigung aller Subventionen an
Vergnügungsvereine aus städtischen Mitteln, Errichtung bezw.
Erweiterung und Vermehrung kostenfreier Volkshäuser, Ver-
mehrung der Armenhäuser auf städtische Kosten und Errichtung
von Sanitätswachen, Herabminderung der täglichen Arbeitszeit
für städtische Arbeiter auf höchstens 10 Stunden (jezt müssen
dieselben 12 und mehr Stunden täglich arbeiten), genaue Kon-
trolle über gesundheitschädliche Häuser und Wohnungen, unent-
geltliche Leichenbestattung, Verminderung oder mögliche Beseitigung
der geheimen Sitzungen.

Weitere Beteiligungen der Sozialdemokratie
an den Gemeindevahlen werden gemeldet aus Plauen
im Vogtlande, Braunschweig, Gersheimünde.

Witten. Eine von 800 Personen besuchte Versammlung, in
welcher J. Bernau Bericht über den Parteitag erstattete,
erklärte sich mit allen gegen 5 Stimmen mit den Beschlüssen des
Parteitages einverstanden.

Lübeck. In einer am 9. d. M. abgehaltenen öffentlichen
Parteiversammlung berichteten die Genossen Th. Schwarz
und Gustav Wegner über die Verhandlungen des
Parteitages. Es wurde dann eine Resolution angenommen,
welche besagte, daß die Versammlung mit den Beschlüssen des
Parteitages vollständig einverstanden sei und mit aller Ent-
schiedenheit im Sinne derselben wirken wolle. Ferner wurde
dann den Genossen Schwarz und Neuer das besondere Ver-
trauen der Versammlung ausgesprochen.

Osnabrück. Am 8. November fand hier eine öffentliche Partei-
versammlung statt, in welcher Ernst Breil über den
Erfurter Parteitag Bericht erstattete. Die Ausführungen wurden
mit Beifall aufgenommen und es gelangte dann nachstehende
Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige Parteiversammlung erklärt sich mit den Aus-
führungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie will
an der bisherigen Politik nicht geändert wissen und verpflichtet
sich, energisch gegen die Opposition Front zu machen; ferner er-
kennt sie an, daß die Parteileitung, sowie die Reichstagsfraktion
die Partei-Ehre nach besten Kräften hochgehalten haben, und
spricht beiden Körperschaften ihr volles Vertrauen aus. Auch ist
die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einver-
standen, sie billigt die Ausschließung der Opposition und erklärt
sich mit dem neuen Programm der Partei ebenfalls voll und
ganz einverstanden.“

6. sächsischer Reichstags-Wahlkreis (Plauen'scher
Ort u. d.). Eine am 7. November im Saale des Partes zu
Reisewitz stattgehabte Parteiversammlung, in welcher unser Dele-
gierter Landtags-Abgeordneter G. Schulz über den Erfurter
Parteitag referierte, erklärte sich mit einer vom Vorsitzenden
der Versammlung verlesenen Resolution, in welcher die Arbeiten
und Haltung des Parteitages als gut und heilsam be-
zeichnet wurden, einstimmig einverstanden. Als Ver-
trauensmann für den Wahlkreis wurde Landtags-Abgeordneter
Georg Horn einstimmig wiedergewählt.

Augsburg. Die Parteigenossen von Augsburg und Och-
hausen erklärten sich mit den Beschlüssen des Erfurter
Parteitages nach je einem Referat des Delegierten Krenner
vollkommen einverstanden. Als Vertrauensmann für den Wahl-
kreis Augsburg-Weiltingen wurde Genosse Breder, für Ochhausen
Genosse Rudy gewählt.

Leipzig, 11. November. Gestern Abend fand im „Pantheon“
eine gutbesuchte Parteiversammlung statt, in welcher
nach einem Bericht des Agitationskomitees die Neuwahl des-
selben vorgenommen wurde. Das neue Agitationskomitee besteht
aus den Parteigenossen Fell-Plagwitz, Kannerwurst,
Stötterich und Lehmann, Volkmarzdorf. Ferner wurde das
Referatkomitee neu gewählt, dasselbe besteht jetzt aus den Partei-
genossen Seppert, Seilcke und Rahn. Hinsichtlich der
Organisation wurde mit großer Mehrheit folgender Antrag an-
genommen:

Die am 10. November im Saale des „Pantheon“ tagende
öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei des 12.
und 13. Reichstags-Wahlkreises beschließt, 5 Bezirks-Vertrauens-
männer zu wählen und zwar je einen in Alt-Leipzig, sowie im
Ost-, Süd-, West- und Nordbezirk. Die Wahl derselben hat in
öffentlichen Bezirks-Parteiversammlungen zu erfolgen. Den
einzelnen Orten bleibt es überlassen, örtliche Vertrauensmänner
zu wählen; dieselben müssen aber gleichfalls öffentlich in Partei-
versammlungen gewählt werden.

Am Schlusse der Versammlung brachte ein gewisser Desewski
Anfragen gegen ein Mitglied des bisherigen Agitationskomitees
vor. Der betreffende Genosse verteidigte sich und wies die
Richtigkeit der Anschuldigungen nach. Am jedem Theil gerecht
zu werden, beschloß jedoch die Versammlung, da die Anschuldi-
gungen gewerkschaftlicher Natur sind, die Entscheidung der An-
gelegenheit den Streikendern und Lithographen zu übertragen.

Der Termin für die Reichstags-Erstaahl im
Wahlkreise Bayreuth-Bunsiedel ist auf den 15. De-
zember festgesetzt.

Ein Kreisitag der Sozialdemokratie des Reichstags-Wahl-
bezirks Naumburg-Weiskensfeld-Zeitz findet am 22. No-
vember in Weiskensfeld statt. Partei-Organisation und Agitation,
Sicherstellung der Presse, Anträge der Delegierten bilden die Punkte
der Tagesordnung.

Die Konferenz der Sozialdemokratie des ersten
pfälzischen Reichstags-Wahlkreises, welche am
8. November in Oggersheim tagte und von 19 Orten durch
Delegierte besucht war, erklärte zu den Beschlüssen des Partei-
tages ihr volles Einverständnis. Die übrigen Beschlüsse sind
folgende:

Die Vertrauensmänner haben strengstens darauf zu achten,
daß in ihrem Orte almonatlich mindestens ein Vortrag statt-
zufinden hat; ferner Volksversammlungen nicht allzu häufig ab-

gehalten werden, wenn aber solche stattfinden, alsdann auch alle
Hebel für massenhaften Besuch in Bewegung gesetzt werden. Es
sollen für die Folge alljährlich mindestens vier Konferenzen der
Parteigenossen des Wahlkreises stattfinden; der Ort derselben soll
jedemal gewechselt werden. Ferner soll an dem Orte jeder der
drei Bezirke ein spezielles Agitationskomitee begründet
werden, dessen Aufgabe es ist, in Gemeinschaft mit dem
Agitationskomitee des Kreises die Agitation einheitlich zu regeln
und nachhallig zu fördern.

Die Partei hat nicht gemein mit den von einer Firma
Brand aus Frankfurt a. M. und anderen den Genossen unter
falschen Angaben angegriffenen Bildern von sog. sozialistischen
Parteilührern. Derselbe Antrag mußte auf der Konferenz be-
sprochen werden, da besagte Firma durch ihre Agenten die
Parteigenossen allerorts auf den Leim zu führen sucht, um ihre
minderwertigen Fabrikate um vieles Geld loszuschlagen.

Um für die bessere Ausbreitung des Parteiblattes im ersten
pfälzischen Wahlkreis einzutreten zu können, wird für die Pfalz
eine eigene Ausgabe der „Volkstimme“ veranstaltet. Die
Umgestaltung ist bis 1. Januar 1892 vorzunehmen. Die
hierzu erforderlichen Mittel werden durch einen noch zu bildenden
Pressefonds aufgebracht.

Zur geistigen Ausbildung unserer Genossen ist in Wahl-
vereinen, Gewerkschaften u. d. d. h. darauf hinzuwirken, daß Bibliotheken
eingeführt und eifrig benutzt werden.

Auf der Landesversammlung der Sozialdemo-
kraten Württembergs, welche am 9. November in
Stuttgart zusammentrat, waren 62 Mitgliedschaften durch
122 Delegierte vertreten. Aus dem Bericht des Landesvorstands,
erstattet von Behr, ist mitzutheilen, daß der auf der vorjährigen
Konferenz gewählte Vorstand bei seinem Amtsantritt 57 Vereine
vorhand, welche sich zum Aufschluß an die Landesorganisation
bereit erklärten, während zwei andere sich davon ausschlossen
und nunmehr eingegangen sind. Im Laufe des Jahres wurden
24 neue Mitgliedschaften gegründet, so daß sich die Gesamtzahl
derselben auf 81 beläuft, jedenfalls ein Zeichen für den erfreulichen
Fortschritt unserer Partei in Württemberg. Versammlungen
sind, abgesehen von den für die Waiseier arrangierten, im Ganzen
116 unter Vermittlung des Landesvorstands abgehalten worden.
Die Zahl der von denselben abgegangenen Sendungen und Briefe
betrug 1066. Der Organisation gehören im ganzen etwa 4000
Parteigenossen an. Die Einnahmen betrugen 3721,15 M., wo-
unter 2520,21 M. Beiträge der Mitgliedschaften sich befanden,
die Ausgaben 2049,29 M., darunter für Broschüren u. 494,95 M.
für Agitation 863,83 M. An die Berliner Zentralkasse der
Partei wurden 400 M. abgesandt, der Kasseebestand be-
trug zur Zeit 1671,86 M. Die Abkommenszahl des Parteiblattes
„Schwäbische Tagwacht“ ist beträchtlich in die Höhe gegangen,
ebenso hat sich das Annoncen-Ergebnis gesteigert. Aus den Be-
schlüssen ist als wichtigster zu erwähnen, daß der Landes-
vorstand beauftragt wurde, streng darauf zu achten, daß der Kon-
gressbeschluss: „Sozialdemokraten dürfen bei allen Wahlen Kom-
promisse mit anderen Parteien nicht eingehen“ streng befolgt wird.

Die Sozialdemokraten Solingens haben die Gründung
eines Wahl-Bez. Volksvereins beschlossen.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

Die Nr. 87 des „Proletarier“ ist konfisziert
worden, weil in dem Artikel „Die Moral der Bourgeois“ von
munteren Pfaffen und Pfäfflein und Rede war.
Dadurch soll § 168 des Strafgesetzbuches verletzt sein. Die An-
klage — nunmehr die siebente — ist gegen den Redakteur Job-
mann schon erhoben.

Wegen Veröffentlichung von Sähen aus
einer Anlagenschrift und wegen Verleumdung eines
Feldbauers wurde der Redakteur Fr. Bender vom „Offen-
bacher Abendblatt“ zu 50 bzw. 100 M. Geldstrafe verurtheilt.
Der Feldbauer hatte gegen Bender Klage eingereicht und letz-
terer aus der Anlagenschrift Zitate gebracht sowie an der Anlage
Kritik geübt.

Die Marcellaise durfte der sozialdemokratische Ver-
ein Dresden-Alstadt bei seinem Familienabend nicht zu Ge-
hör bringen lassen, falls er nicht 50 Mark Strafe bezahlen
möchte. So gebot der Dresdener Stadtrat. Die „Sächsische
Arbeiterzeitung“ begreift dies Verbot, indem sie sagt, die Klänge
der Marcellaise könnten ja auch wirklich einmal so wirken, wie
diesjenigen der Posaunen von Jericho.

Internationaler Kongress der sozialistischen Studenten und ehemaligen Studenten.

Genossen und liebe Kameraden!

Der Bund der sozialistischen Studenten und ehemaligen
Studenten Belgiens organisiert einen internationalen Kongress der
sozialistischen Studenten und gewesenen Studenten, der in Brüssel
zu Anfang des akademischen Jahres 1891/92 stattfinden soll.

Ohne bereits die Tagesordnung dieses Kongresses festzu-
stellen, denken wir, daß unsere Beratungen einen doppelten
Charakter haben werden, einen theoretischen und einen prak-
tischen.

Einen theoretischen, weil es darauf ankommt, daß der
Sozialismus in unserem Geiste nicht im Zustande eines un-
bestimmten, mangelhaft definierten Strebens verharret, sondern
durch Studium und Erörterung bestimmte Gestalt gewinnt und
zu einer starken, unerschütterlichen Ueberzeugung wird.

Einen praktischen, weil wir die gebieterische Pflicht
haben, mit unserer ganzen Energie einzutreten für das gleiche
Ziel aller Arbeiter — des Werkzeugs oder der Feder, der
Muskeln oder des Gehirns.

Und, die wir gleichzeitig durch unsere Geburt zur Bourgeoisie
und durch den Geist der Gerechtigkeit zum Proletariat gehören,
liegt es ob, die aufsteigende Entwicklung der Arbeiterklasse zu
fördern, indem wir in ihren Dienst die wissenschaftlichen Kennt-
nisse setzen, die zu erwerben unsere privilegierte Lage uns ge-
staltet.

In nächster Zeit werden wir also zusammentreten. Indem
wir die Klagengegenstände brechen, werden wir uns der Sache
der Arbeiter vermählen; in der Betrachtung des patriotischen
Egoismus werden wir auf internationalem Boden den Kampf
für Gerechtigkeit und Gleichheit begründen.

Studenten der englischen, französischen, rumänischen und
schweizerischen Universitäten, die unser Vorhaben kennen, haben
bereits vor Veröffentlichung dieses Aufrufs ihre Zustimmung
erklärt. Wir ersuchen Euch, gleichfalls dieselbe zu ertheilen und
Euch mit uns über Datum und Tagesordnung unserer Zusammen-
kunft in Einvernehmen zu setzen.

Der belgische Bund schlägt euch folgende Punkte vor:

1. Volkserziehung;
2. Politische Stellungnahme der Studenten;
3. Organisation der Arbeit;
4. Internationaler Bund der sozialistischen Universitätskreise.

Die toleranteste Brüderlichkeit wird unsere Beratungen leiten
und wir werden uns freuen, wenn selbst solche Studenten an den-
selben sich beteiligen wollten, welche, ohne unsere Meinungen
über den reinen Sozialismus zu theilen, doch der Meinung sind,
daß die Solidarität der Menschheit die Pflicht aller ist, wel-
cher religiösen oder philosophischen Meinung sie sonst auch sein
mögen.

In der Hoffnung, daß Ihr unsern Aufruf antworten
werdet, hoffen wir, bald mit Euch und in dem Aus zu einen:

Es lebe der internationale Sozialismus!

Der Bundskomitee.

Alle den Kongress betreffenden Mittheilungen sind an J. De-
faux, 517, Avenue Louise, Brüssel, zu richten.

Theater.

Freitag, 13. November.
Opernhaus. Der Trompeter von Säckingen.
Schauspielhaus. Wohlthätige Frauen.
Deutsches Theater. Oth von Verlichingen.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Kessing-Theater. Die Großstadtluft.
Residenz-Theater. Das Hindernis.
Wallner-Theater. Der tolle Hase.
Friedrich-Wilhelmspl. Theater. Die Waise.
Thomas-Theater. Der Kunstbojane.
Ostend-Theater. Die beiden Waisen.
Selbstallianz-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Panorama-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der
Reichshallen
 6 neue Nummern!
Großes Programm.
Forende Hunde!
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
Auftreten der Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Koppelstänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-Tisch à la Duval. 8 Regeltischen 6 Billards, 2 Caffe. 1169L.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
Spezialität: Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 6 1/2 " " 75 "

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungsmusik.
 Direktion A. Nödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Anschank von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Passage-Panopticum
 und
Theater Variété
 I. Ranges
 50 Pfennig.

Prinzess Pauline,
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Präucher's anatomisches MUSEUM
 Kommandantenstr. 80-81.
 Viel Neues tägl. von früh 9 b. Ab. 10 für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. 11421L

Parteienoffen! Wegen Krankheit will ich mein Restaurant, Destillation mit Fremdenlogis, für den halben Inventarpreis verk. Richtig billig. Näh. Thurneyscherstr. 6 i. Lokal, b. d. Panfiter.
 Die Beleidigung gegen Frau Schiele nehme ich hiermit zurück und erkläre sie hiermit als eine ehrenwerthe Frau.
 2613b
Otto Kurzwig.

Circus Renz.

Carlstraße.
 Freitag, den 13. Novbr., Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“, oder: „Ebbe und Fluth“, große hydrod. Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit Nationaltänzen (80 Damen), Aufzügen u. Dampf-schiff- und Bootfahrten, Wasser-fällen, Riesen-Pontänen mit allerlei Lichteffekten u., arrangirt und inscenirt vom Direktor E. Renz. Kunstschwimmerinnen 3 Geschw. Johnson. Schluß-Tableau: Grande Fontaine lumineuse, Riesen-Fontaine in einer Höhe von mehr denn 80 Fuss ausstrahlend. Ferner: 6 Traktenor Rapp-hongate, auf dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Eine Pantomim-Quadrille, ger. von 16 Damen. Schluß-„Kandelaber“, ger. von Herrn Ernst Renz (Enkel). Auftreten der Schulreiterin Mlle. Vidal. Die Original-Analeigh-Compagnie. Mr. F. Chiarini. Saltomortales auf dem gesp. Seil. Auftreten der vorzüglichsten Reit-künstlerinnen u. Reitanfänger. Romische Entrees u. Intermezzo von sammtl. Clowns.
 Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei): Loben und Treiben auf dem Eise. Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“.
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Karl-Platz, Ecke Carlstr.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: **Große Clowns- u. Komiker-Vorstellung.**
 Wer lachen will, muss heute kommen. Aus dem reichhaltigen Programm sind besonders hervorzuheben: Zum 1. Male: Ein Duell nach dem Ball, höchst kom. Scene, ausgeführt von Damen und Herren der Gesellschaft. „Faust“ und „Grotchen“, in Freiheit dressirt und vorgeführt von Herrn Ernst Schumann. Zum Schluss: Eine Rundreise in 80 Sekunden, u. d. beiden Doggen Fritz und Baby. Der Frosch, mim. Scene von Herrn Hjalmar v. Bergh. Grand Batons americain. Musical. Entree von Herrn Chiarini. Neue Entrees der beliebtesten Clowns Little Fred und Tanti. Miss Adele Hodgini, Parforce-Reiterin. Miss Edith Adams in ihren großartigen Leistungen als engl. Jockey. Bare fixe, 3fach. Rock, Gebr. Stelling. Mr. Victor Bedini als Jockey. Zum 14. Male:
Circus unter Wasser. „Eine ländliche Hochzeit.“
 Große höchst komische Original-Wasser-Pantomime in 2 Abtheil. mit sensationellen Licht- u. Wasser-Effekten. Großartiger Wasserfall, Riesen-Fontaine, Kranz um die Wanne mit 200 bis zur Decke steigenden Wasserstrahlen, Ruderbootfahrten, neue komische Einlagen, Wasserfingerringe u. c.
 Morgen: Große Gala-Vorstellung. Neues Programm. Eine ländliche Hochzeit.
 Sonntag 2 Vorstellungen. 8 1/2 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen:
Circus unter Wasser.

Club der völlig „Unabhängigen“ „Aus kann keiner“
 Sitzung jeden Sonnabend bei Bachmann, Stallschreiberstraße 36. Völlig unabhängige Sozialisten jederzeit willkommen. 2296b
Tüchtige Schneiderin in und außer dem Hause, empfiehlt sich. **Martha Ewald,** 1452L Fürbringergasse 17, II rechts
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Achtung Puker!
 Große öffentliche
General-Versammlung der Puker Berlins und Umgegend 2611b
 am Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee Nr. 10-11.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Neunstundentag und der Buchdruckerstreik. 2. Das Verhalten der Puker, Studienteure und Löpfer der Fensterfrage gegenüber. 3. Verschiedenes. Jeder Puker ist hiermit eingeladen. Es wäre erwünscht, wenn Studienteure und Löpfer erscheinen würden.
 B. Förster.

Fachverein der Tischler.
Versammlung
 am Montag, den 16. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwält Gerhard über: **Miethsrecht.** 328/10
 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Bei der Jeden interessirenden Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung
sämmtlicher Metallschleifer Berlins
 am Freitag, den 13. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streit bei A. C. Lehmann. — 2. Diskussion.
 Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann. 236/12

Stiftungsfest
des Gesangvereins „Kreuzberger Harmonie“
 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes)
 Dirigent: V. Dillenberger,
 am Sonntag, den 15. November, in den Gesammträumen der „Berliner Koch-Brauerei“, **Großes Vokal- und Instrumental-Konzert.**
 Die Musik wird von Berufsmusikern der Freien Vereinigung unter Leitung des Kapellmeisters **H. Karbe** ausgeführt.
 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
 Freunde und Genossen ladet freundlichst ein
 2500b
 Anfang 4 Uhr. **Das Komitee.**

Buchdrucker!

Sonntag, den 15. November d. J.,
 Vormittags 10 1/2 Uhr:
Allgem. Buchdrucker-Versammlung
 mit Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen
 im „Feen-Palast“, Burgstraße Nr. 22,
 Eingang Wolfgangstraße.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Situation. 2. Verschiedenes.
 Alle Kollegen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen. Die zugereisten Kollegen sind insbesondere eingeladen.
 Der Einberufer.

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.
Mitglieder-Versammlung
 am Sonntag, den 15. November, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Gaadt, Brunnenstr. 38.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. L. Konning über: „Die sozialen Verhältnisse bei den Griechen und Römern im Vergleich zur Gegenwart.“ 2. Diskussion. 3. Wahl des 2. Kassiers. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen.
 191/12 **Der Vorstand.**

Verein der Sattler u. Fachgenossen.
Versammlung
 am Sonnabend, den 14. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Dresdenor Garten (oberer Saal), Dresdenstr. 45.
 Tagesordnung: 1. Vorlesung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Hierzu ladet ein **Der Vorstand.**

Club der völlig „Unabhängigen“ „Aus kann keiner“
 Sitzung jeden Sonnabend bei Bachmann, Stallschreiberstraße 36. Völlig unabhängige Sozialisten jederzeit willkommen. 2296b
Tüchtige Schneiderin in und außer dem Hause, empfiehlt sich. **Martha Ewald,** 1452L Fürbringergasse 17, II rechts
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Achtung Puker!
 Große öffentliche
General-Versammlung der Puker Berlins und Umgegend 2611b
 am Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee Nr. 10-11.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Neunstundentag und der Buchdruckerstreik. 2. Das Verhalten der Puker, Studienteure und Löpfer der Fensterfrage gegenüber. 3. Verschiedenes. Jeder Puker ist hiermit eingeladen. Es wäre erwünscht, wenn Studienteure und Löpfer erscheinen würden.
 B. Förster.

Fachverein der Tischler.
Versammlung
 am Montag, den 16. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwält Gerhard über: **Miethsrecht.** 328/10
 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Bei der Jeden interessirenden Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung
sämmtlicher Metallschleifer Berlins
 am Freitag, den 13. November, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streit bei A. C. Lehmann. — 2. Diskussion.
 Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann. 236/12

Stiftungsfest
des Gesangvereins „Kreuzberger Harmonie“
 (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes)
 Dirigent: V. Dillenberger,
 am Sonntag, den 15. November, in den Gesammträumen der „Berliner Koch-Brauerei“, **Großes Vokal- und Instrumental-Konzert.**
 Die Musik wird von Berufsmusikern der Freien Vereinigung unter Leitung des Kapellmeisters **H. Karbe** ausgeführt.
 Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
 Freunde und Genossen ladet freundlichst ein
 2500b
 Anfang 4 Uhr. **Das Komitee.**

Gr. sozialdemokr. Versammlung
 der Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises
 am Freitag, den 13. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Joël's Andreas-Gesellschafts-Sälen, Andreasstraße 21.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Vertrauensmänner und Revisoren. 2. Neuwahl der Vertrauensmänner. 3. Wahl von 2 Mitgliedern für die Pres.-Kommission. 4. Erwahl der Lokal-Kommission. 5. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer.** 6. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.
 361/8 **Der Einberufer.**

Mitglieder-Versammlung
 der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins
 am Sonntag, den 15. November, Vormittags 11 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstraße Nr. 10.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl eines zweiten Schriftführers und eines Zahlstellen-Inhabers für SW. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Diskussion über Ereignisse der Gegenwart. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.
 129/14 **Der Vorstand.**
 NB. Alle diejenigen, welche noch Verpflichtungen dem Verein gegenüber haben, werden aufgefordert, denselben so schnell wie möglich nachzukommen, event. ihre Veröffentlichung an dieser Stelle stattfindet. **Der Obige.**

Bund der geselligen Arbeitervereine
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 15. November, Vormittags 10 Uhr:
Bundes-Versammlung
 im Restaurant Meißner, Gartenstraße Nr. 162.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl zweier Kassenevisoren. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Kontroll-Kommission. 3. Statutenberathung. 4. Aufnahme neuer Vereine. 5. Bundesangelegenheiten. — Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. Zur Abrechnung der Billets vom Bundesfest, den 27. Juli, werden folgende Vereine aufgefordert:
 Th.-V. „Stern“, Delegirter: Rose. Th.-V. „Proletariat“, Delegirter: Jalefski. Lamb.-V. „Deutsche Eiche“, Delegirter: Sanger. „Carmen-Gloria“, Deleg.: H. Kurz. „Fidelio“, Deleg.: E. Hagenberg. Th.-V. „Eichentanz“, Delegirter: A. Reimann. Th.-V. „Helmerding“, Delegirter: E. Könenmann. Pr.-Th.-Gesellsch. „Doffnung“, Delegirter: D. Poschal, und Max Wadepohl. J. A.: Gustav Kleist, I. Kassier, Waldemarstr. 48.

Fachv. der Musik-Instrumenten-Arbeiter.
Bereins-Versammlung
 für den Norden
 am Sonnabend, den 14. November, Abends 8 1/2 Uhr, in „Keller's Salon“, Bergstr. 68.
 Tages-Ordnung:
 1. „Kapital und Arbeit“. Referent: Genosse Wach. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit, Verschiedenes.
 377/15 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungs-Verein Adlershof.
 Sonntag, den 15. November, im Saale der Herren Wiedemann u. Mauoßki.
Humoristisches Familien-Kränzchen
 unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Freiheit“ (Adlershof) und des Gesangs-Komikers Herrn Osang (Berlin).
 Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. — Anfang 5 Uhr.
 Entree für Herren 80 Pf. Damen 20 Pf. 133/5 **Der Vorstand.**

Unserm Freunde **G. Krause** zu seinem Geburtstag ein anständiges Gebetel. [2624b] **Hormann & Adolff.**
 Freunden u. Genossen empfehle ich mein Schanklokal m. Frühstück, Mittag- u. Abendessen nebst Vereinslokal, auch zur Zahlstelle passend. 2622b
F. Lensehe, Landsbergerstr. 8.

Ueberzeugung
 macht wahr. Durch bedeutende billige Einkäufe bin ich im Stande, meine gut sortirten 1497L
Cigarren und Tabake
 zu billigen Preisen abzugeben. Lager **Osw. Hier'scher Naturweine** zu Originalpreisen.
L. Perrin Nachfgr., 51. Naunynstr. 51.
 Hofen, Knabenanzüge, Arbeitsmacher. **Wilh. Fahr,** Brunnenstraße 33 o.
 Restaurant, gut gehend, verl. für 580 RT. Stallstr. 39. 2623b

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
 Ganze Ausstattungen empfehle
Moritz Gläser, 1098L
 167. Reichenbergerstr. 167.
 Größtes Lager Berlins
Sinderwagen. Andreasstr. 23 o. f.
 Möbl. Schlafst. an Gen. bill. f. von Gitschinerstr. 81, S. I. 1 Tr. r. 2623b
 Hierzu eine Beilage.

Parteigenossen,

welche am Sonntag bei der Verbreitung von Flugblättern helfen und am Dienstag, den 17. November, dem Tage der Wahl, mit thätig sein wollen, werden aufgefordert, sich in nachverzeichneten Lokalen von früh 8 Uhr an einzufinden:

- 8. Bezirk: Seidenstücker, Jäger- und Kanonierstr.-Ecke.
- 9. „ Kizing, Bülowstr. 52.
- 10. „ Raabe, Fährbringerstr. 22.
- 11. „ Klein, Schönleinstr. 6.
- 12. u. 21. Bezirk: Grändel, Dresdenstr. 116.
- 12. Bezirk: Spindler, Forster- u. Reichenbergerstr.-Ecke. Tolkendorf, Obeliger- u. Sorauerstr.-Ecke.
- 14. „ Zubeil, Rammstr. 86.
- 15. „ Grevelinz, Mantuffelstr. 119.
- 16. „ Tempel, Breslauerstr. 27.
- 17. „ Roggendorf, Posenstr. 5.
- 18. „ Loh, Friedrichsbergerstr. 11.
- 19. „ Zabel, Frankfurter Allee 90.
- 20. „ Henke, Blumenstr. 53.
- 21. „ Radtke, Krautstr. 48.
- 22. Bezirk: Wagner, Neue Königstr. 89.
- Dienstag: Braun, Reibel- und Alte Schützenstr.-Ecke.
- 23. Bezirk: Scholz, Kastanien-Allee 55.
- Dienstag: Brauerei Pfefferberg (Tunnel).
- 24. Bezirk: Wibel, Elisabethstr. 18.
- 25. „ Reiniger, Posenstr. 40.
- 26. „ Vogt, Lüderstr. 8.
- 27. „ Hermerschmidt, Perlebergerstr. 28.

Parteigenossen! Wenn Ihr wollt, daß wir der Bewirtlichung unserer Ziele, der Befestigung der heutigen elenden wirtschaftlichen Verhältnisse wiederum einen Schritt näher kommen, hinter den Erfolgen unserer Partei in Sachsen, Baden u. s. w. nicht zurückbleiben, immer neue Anhänger für unsere Sache gewinnen, dann seid Ihr auch verpflichtet, thätig mit einzutreten, wenn gearbeitet werden muß. Nur durch unermüdete Agitation kann die Masse ausgerüttelt werden.

Wer nicht für die Partei thätig sein, wer keine Opfer bringen will, kann auch nicht als Parteigenosse betrachtet werden.

Das Central-Wahlkomitee.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom 12. November.

Nachmittags 5 Uhr.

Stadtsyndikus Zelle hat die Wahl zum zweiten Bürgermeister angenommen.

Der Ausschuss für die Vorlage, betr. die Bewilligung von rund 900 000 M. zum Ankauf weiterer Ländereien für die Erweiterung der städtischen Rieselfelder ist gewählt; Vorsitzender Spinola.

Der Magistrat hat der Versammlung das Schreiben des Handelsministers mitgeteilt, worin dieser aus der in seinem Ministerium unter Mitwirkung städtischer Kommissarien stattgefundenen Erörterungen die verstärkte Ueberzeugung gewonnen zu haben erklärt, daß im Interesse der Schifffahrt eine leichte Durchfahrtshöhe der Mählendamm-Brücken von 3,70 Meter sich als geboten erweisen wird, und die Hoffnung ausdrückt, daß auch die städtischen Behörden diesem Bedürfnisse entsprechen werden.

Ein Antrag Selle hatte schon vorher die Erhöhung auf 3,70 Meter gefordert, während der Magistrat eine Erhöhung auf 3,50 Meter für genügend erklärt hatte, nachdem ursprünglich nur eine Durchfahrtshöhe von 3,32 Meter in Aussicht genommen war.

Der Gegenstand ist heute wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Den Antrag Selle beantragt Stadtv. Dünse mit der Bitte anzunehmen, daß der Staat sich entsprechend an den durch die Übertragung erwachsenden Mehrkosten beteilige.

Auf Vorschlag des Referenten wird die Angelegenheit, da in dem Schreiben des Ministers ein Novum vorliegt, mit dem Antrag Dünse an den Ausschuss für den Antrag Selle zurückverwiesen.

Die Vorlage betr. die Ueberweisung der Thomaskirche und des Pfarrhauses am Mariannufer 1 an die Thomaskirchengemeinde wird nach längerer Debatte an den um 5 Mitglieder zu verstärkenden Ausschuss zurückverwiesen.

Die Markthalle X am Arminiusplatz in Noabit wird am 1. Dezember c. dem Verleiher übergeben werden. Ein Etat für dieselbe soll erst vom 1. April l. J. aufgestellt, bis dahin sollen die Ausgaben aus den laufenden Einnahmen bestritten werden.

Die Versammlung stimmt diesen Vorschlägen zu.

Die Koloniestraße von der Soldinerstraße bis zur Reichsbrücke soll im Laufe des Jahres 1892/93 reguliert und gepflastert, das Straßeland vor dem Grundstück Koloniestr. 31/32 im Wege der Enteignung erworben werden.

Zur Verhandlung kommt darauf der Antrag Stadthagen und Genossen:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen

1. in Gemäßheit des § 120 Abs. 4 der Gewerbe-Ordnung den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch welches den männlichen Arbeitern unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuch einer Fortbildungsschule auferlegt wird,

2. zum Besuch einer Fortbildungsschule auferlegt wird, in den Fortbildungsschulen über die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten, sowie über die Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Besetzgebung unterrichten zu lassen.

Stadtv. Wiedemann will den Antrag Stadthagen einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überweisen.

Stadtv. Spinola beantragt, die Nr. 2 des Antrags dem Magistrat zur Prüfung und thunlichsten Berücksichtigung zu überweisen; dagegen über Nr. 1 zur motivierten Tagesordnung überzugehen in Erwägung, daß die obligatorischen Fortbildungsschulen sehr erhebliche Kosten verursachen und ein sehr neuer in den Fortbildungsschulen über die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten, sowie über die Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Besetzgebung unterrichten zu lassen.

Stadtv. Spinola beantragt, die Nr. 2 des Antrags dem Magistrat zur Prüfung und thunlichsten Berücksichtigung zu überweisen; dagegen über Nr. 1 zur motivierten Tagesordnung überzugehen in Erwägung, daß die obligatorischen Fortbildungsschulen sehr erhebliche Kosten verursachen und ein sehr neuer in den Fortbildungsschulen über die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten, sowie über die Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Besetzgebung unterrichten zu lassen.

unter ist aber eine motivierte Tagesordnung nicht zu verstehen, wenn das auch mißbräuchlich hier schon geschehen ist. Was in der Motivierung gesagt ist, ist völlig haltlos; Herr Spinola hätte lieber Zahlen und Daten statt allgemeiner Urtheile anführen sollen. Ich nehme an, daß die Beratung des ganzen Antrags in einem Ausschuss der Wunsch der übergroßen Mehrheit ist. Der Antrag ad 2 will nicht im Allgemeinen Gesetzeskunde, sondern Unterrecht über die Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis und über die sogen. soziale Gesetzgebung. Am 1. April tritt hoffentlich endlich das Gewerbegericht in Kraft; dort sollen die Arbeiter selbst über diese Verhältnisse urtheilen; daraus ergibt sich von selbst die Pflicht der Stadt, ein Institut zu errichten, wo die Arbeiter lernen können, was Rechtens ist. Dasselbe trifft zu für die Versicherungsgesetzgebung. Die Annahme dieses Antrags halte ich für selbstverständlich. Der andere Antrag ad 1 kann sich leider nur anlehnen an das, was die Gewerbe-Ordnung der Gemeinde belässt; wir müssen uns da auf die männlichen Arbeiter beschränken. Herr Spinola spricht von der Blüthe unserer freiwilligen Fortbildungsschulen. Gewiss hat sich hier ein kleiner Aufschwung gezeigt; aber sowohl hier wie in den Innungs- und Berufsvereinen ist nur der dritte Theil der Schüler befristet. Bei dem jetzigen Zustande kann der Lehrling durch den Meister auch gegen den Willen der Eltern vom Besuch der Schule abgehalten werden. Eben weil das Gesetz solche Zustände für möglich hielt, hat es den Zwang zugelassen; von diesem Zwang muß in Berlin Gebrauch gemacht werden, wenn wir nicht einer Verklümmung der Arbeiter in geistiger Beziehung immer mehr in die Hand arbeiten wollen. Der Antrag würde einer großen Anzahl von Arbeitern den Unterricht zukommen lassen, den sie jetzt entbehren müssen.

Spinola verteidigt seinen Antrag. Eine motivierte Tagesordnung sei auch eine Tagesordnung, folglich komme die Ausschussberatung bei Annahme desselben in Fortfall. Für den Antrag ad 2 habe er alle Sympathie, der Antrag ad 1 sei sehr bedenklich. Junge Leute von 14-18 Jahren seien in Berlin 52 000, es besuchten jetzt ca. 16 000 die bestehenden Schulen. Die Kosten der Errichtung ausreichender Schulen werden etwa 1 Millen betragen. Die Verluste und die Fortschritte der guten Schüler würden beim Schulzwang durch die lüderlichen und unglücklichen Schüler ganz ungewisshaft beeinträchtigt werden, die Schulen zurückgehen.

Stadtv. Friedemann und Schwalbe sprechen für Ueberweisung des ganzen Antrags an einen Ausschuss; beide stehen hinsichtlich des Antrags 1 auf dem Standpunkt des Stadtv. Spinola. Den Unterricht nach dem Antrag 2 wünscht Stadtv. Friedemann auf Gesetzeskunde überhaupt auszudehnen.

Stadtschulrath Vertram: Die Ausführung des Antrags ad 2, wenn er angenommen würde, dürfte weder besonders schwierig noch besonders kostspielig sein; wenn ein zweistündiger Kursus ausreichte, werde der Kostenbetrag 3000 Mark nicht übersteigen. Schwierig werde es im Anfang sein, die geeigneten Lehrer zu erlangen. Dem Antrage ad 1 ständen aber sehr erhebliche Bedenken entgegen. Die Fassung der Gewerbe-Ordnung lasse den Zwang nur zu, gehe also auch wohl von der Annahme aus, daß es besser sei, wenn der Zwang durch freiwillige Schulen erreicht werde. Die Ergebnisse des obligatorischen Fortbildungsschulwesens in Westpreußen und Posen seien nach dem Bericht des Handelsministers durchaus unglücklich und unerfreulich. Sollte man denn unter den 14-18 jährigen jungen Leuten auch die Abiturienten der höheren Bürgerschule in diese Schulen zwingen? Wenn auch nicht für 52 000, aber sicher für 40 000 würden mit einem Male Schulen zu errichten sein. Woher, abgesehen von den Kosten der Errichtung, die Lehrkräfte nehmen? Wie solle bei Durchführung des Zwanges das Ganze übersehen werden? Die wissenschaftliche Höhe der Schulen müsse notwendig herabgedrückt werden, wenn Französisch, Englisch und andere Kurse aus dem Lehrplan fortgelassen werden müßten; letzteres sei aber notwendig, wenn alle jungen Leute ohne Unterschied der Intelligenz und Begabung den Schulen zugeführt werden müßten. Es sei nicht der richtige Weg, sich kopflos in eine neue Organisation zu stürzen, welche die alte und bewährte erheblich stören müsse. In den freiwilligen Schulen würden die freibaren und eifrigen Elemente, die künftigen Stützen der Gesellschaft erzeugen. Auch der Sinn der Arbeitgeber, der Zwangung habe sich in steigendem Maße der Nothwendigkeit der Förderung dieses Unterrichtszweiges erschlossen. Das bestehende System sei also bei weitem vorzuziehen.

Im Schlusswort für die Antragsteller bemerkt Singer: Wir erklären uns befriedigt, wenn der gesammte Antrag einem Ausschuss überwiesen wird, weil wir uns der Schwierigkeiten der Ausführung bewusst sind. Die sachlichen Einwendungen des Stadtschulrath Vertram sind zweifellos von dem Wohlwollen für die Weiterbildung der Jugend getragen, wie wir es von dem Leiter des städtischen Fortbildungsschulwesens erwarten müssen. Herr Spinola müßte in Konsequenz seines Standpunktes die Aufhebung des Schulzwanges überhaupt beantragen. Wenn er andererseits auf die Ungebundenheit der Berliner Jugend, ihre Neigung zu allerlei Zolleiten Bezug nimmt, dann müßte er gerade unseren Antrag annehmen, denn zweifellos kann diese Ungebundenheit nicht besser als durch den Schulzwang bekämpft werden. Nach Herrn Spinola hat sich eben die Gemächlichkeit um den Einzelnen nicht zu kümmern; das ist die Differenz, in der wir uns mit ihm befinden. Herr Spinola hält einfach eine Lobrede auf das bestehende System; dabei ist eine sachliche Diskussion kaum möglich. Wenn der Stadtschulrath Vertram in dem freiwilligen Schulwesen die Sicherheit und Gewähr dafür sieht, daß selbständige, freibare Menschen erzogen werden, welche die eigentlichen späteren Stützen der Gesellschaft sind, so vergißt er, daß wir alle, nicht bloß die Freiwilligen, zu Stützen der Gesellschaft machen wollen, nicht bloß die etwa 11 000 jungen Leute, die die Schulen schon besuchen, sondern auch den Rest, die 90 000, die den Unterricht jetzt entbehren. Wenn Sie dieses Schulwesen für so wichtig ansehen, dann haben Sie auch dafür zu sorgen, daß jeder junge Mann der Vorteile desselben theilhaftig werde. Herr Vertram weiß sehr gut, daß oft nicht Abneigung des jungen Mannes, sondern eine ganze Reihe anderer Umstände die Fernhaltung von der Schule bedingt. Wenn die Arbeiterschaft eine passendere Zeit als die späten Abendstunden, wo der Lehrling abgespannt und ermüdet ist, den Lehrlingen anweisen wollte, würde der Besuch der Fortbildungsschulen noch bessere Ergebnisse haben. Das Korrelat der obligatorischen Schule wird der Zwang der Lehrherren sein müssen, eine Zeit im Laufe des Tages dafür herzugeben (Anruhe). Dem Hinweis auf Posen und Westpreußen steht u. a. das Zeugnis des Fabrikinspektors für Braunschweig gegenüber, der dem gesetzlichen Zwange das Wort redet. Wüßten Sie die obligatorischen Fortbildungsschulen nicht ein, so bröckeln Sie an dem Gebäude des Staats und der Gesellschaft selbst ab, indem Sie die nach Ihrer Auffassung notwendigen Träger auszurichten verschmähen. Wir hoffen, daß der erste Theil des Antrags in der Ausschussberatung doch noch eine sympathischere Aufnahme als hier finden wird.

Nachdem Stadtv. Wiedemann den Antrag auf motivierte Tagesordnung zurückgezogen, wird der Antrag Stadthagen einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 8 1/2 Uhr.

Lokales.

Unsere Gründer. Der Klassenhaat kennt bekanntlich nur zwei Sorten von Menschen: Ausbeuter und Ausgebeutete. Diese beiden Sorten aber zerfallen wieder in die verschiedensten Kategorien je nach dem Geschäfte, das sie betreiben lassen oder in dem sie als Arbeitsklaven gehalten werden. Der Großausbeuter findet immer wieder noch einen größeren, der im Hinterhalt liegt, um hervorzubrechen, sobald sich ihm eine Gelegenheit bietet, um sein Opfer auszulassen. Mit kapitalistischen Begelagerern 1. Klasse sind unsere Gründer zu vergleichen, das sind Erscheinungen, würdig der Tendenz und der Moral der „von Gott gewollten Weltordnung“.

Müthige Gründer schlimmer Sorte waren die verflochtenen „Hofbankiers“ Gebrüder Sommerfeld. Hören wir, welche „Gründungen“ diese Leute auf dem Gewissen hatten: eine Hutfabrik, eine Weberei, ein Seebad, eine Spiritusbrennerei, eine Madefabrik, ein Blechwerk, eine Zeitung und dergleichen Kleinigkeiten mehr! Jedes einzelne dieser Unternehmungen war ein Ausbeutungsobjekt für die Aktionäre, die letzteren wieder wurden von den Gründern ausgebeutet. Was da für die Arbeiter in den einzelnen Unternehmungen übrig geblieben ist, kann sich Jeder ohne Weiteres denken. In Berlin war für diese Sorte nichts mehr zu „machen“, — hier ist die Konkurrenz zu groß und hier sind auch die Arbeitslöhne zu hoch, weil die Arbeiter in Berlin zu „begehrlich“ sind. Deshalb verlegte man sich auf das Abgrasen der Provinz, wo sich die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter noch nicht so bemerkbar machte. Hier war noch billiges Menschen-Material aufzutreiben, mit dem noch etwas anzufangen war, was ins Gründer-Deutsch überseht etwa heißt, hier konnten die Fabrikklaven noch am leichtesten ausgepowert werden.

Die meisten der von den beiden Selbstmördern aufgemachten Gründungen hatten überhaupt nur den Zweck, die Bankiers zu bereichern. Das Aktienkapital wurde von vornherein übermäßig hoch bemessen, so daß ein großes Baarguthaben sofort an den Bankier ausgehändigt werden mußte. Die bestehende Bourgeoisie wurde dann nach einem ganz bestimmten Plane geldert und eingefangen. Man spekulierte auf die Begehrlichkeit dieser Leute und diese Spekulation war stets von Erfolg begleitet. Durch das Versprechen hoher Zinszahlungen fing man immer Gimpel ein, die schließlich bequem gerupft werden konnten.

Am schlimmsten bei diesen Gründungen fuhr natürlich immer wieder der Arbeiter, aus dessen Haut ja Jeder gerne Riemen schneiden möchte. Die Gründungen versen nur billigen Schand auf den Markt, für dessen Herstellung der Arbeiter unter aller Kritik bezahlt wird. Wenn aus der „Fabrik“ noch etwas herausgewuchert werden soll, so bedingt das nicht nur die thürliche Ausnutzung der Menschen, sondern auch die der maschinellen Kräfte. Das bedingt wieder eine sehr lange Arbeitszeit, denn jede Stunde, welche die Fabrik still steht, wirft den Gründern nichts ab. Solchergehalt wachsen sich solche Etablissements zu wirklichen „Perlenkolonien“ für die Arbeiter aus.

Trifft dann die Katastrophe ein, dann wird die „Bude“ einfach zugemacht und die Arbeiter liegen auf dem Pflaster. Sofort wieder neue Arbeit zu finden, hält in einer kleinen Stadt sehr schwer, es ist in den meisten Fällen unmöglich. Es bleibt also nur die Flucht nach der Großstadt. Dem verheirateten Arbeiter bringt ein Domizilwechsel sehr oft an den Bettelstab, sehr oft muß er wegen Geldmangel zuerst allein reisen, und wenn er in der Großstadt Verdienst gefunden hat, kann er seine Familie nachkommen lassen. Wie viele müssen aber erst wochenlang Straße auf, Straße ab laufen, ehe sie eine Kondition finden, die gerade soviel abwirft, daß sie selbst sich satt essen können?

Die Berliner Volksküchen, von deren „legendärer“ Wirkksamkeit wir schon wiederholt erzählt haben, befinden sich gegenwärtig in einer argen Klemme. Die Einkaufspreise sind höher denn je und so bleibt denn Nichts übrig, als das Essen so schlecht und die Portionen so klein wie möglich zu machen, wenn anders nicht das ganze „Geschäft“ in die Brüche gehen soll. Wie es unter solchen Verhältnissen mit der „Volksküche“ aussieht, geht aus den zahlreichen Schreiben hervor, die uns aus jenen Kreisen zugehen, welche sich in den Volksküchen des Mittags sättigen müssen. Der „blasse Heinrich“ und der „Kumpfsack“ in Pflanzensuppe sollen Delikatessen sein gegen die Portionen der Volksküchen. Die Erbsen waren in dem einen Lokal so mit Sand durchsetzt, daß es geradezu knirschte, wenn ein Löffel voll auf die Zöhne gelangte. In einer anderen Küche gab es ein schlammartiges undefinirbares Etwas, was ebenjogut Keis, wie Graupen, wie Bohnen darstellten konnte. Es ist anzunehmen, daß mit jeder Woche, welche uns dem Winter näher bringt, der Zubrang zu den Volksküchen härter werden wird. An ein Herabgehen der Lebensmittelpreise ist gar nicht zu denken, es wird vielmehr das Gegentheil eintreten. Bei den bewährten Geschäftsprinzipien der Volksküchen müssen dann die Portionen noch schlechter und noch kleiner werden, — dann freilich sind diejenigen zu bedauern, welche so gestellt sind, daß sie Stammgäste der Volksküchen abgeben müssen.

Trotz der Schutzvorrichtungen, welche heut in den Arbeitssälen der Fabriken weithin sichtbar angebracht sind, will sich die Zahl der Betriebsunfälle nicht vermindern. Der die mit so großem Eifer in's Leben gerufene Ausstellungen für Unfallverhütung i. J. beschäftigt hat und wer mit den Verhältnissen in den Fabriken nicht ganz genau bekannt war, mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß von jetzt ab das Leben und die Gesundheit der Fabrikarbeiter vor Unfällen sicher gestellt sei. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen, es ist so ziemlich alles beim Alten geblieben. Die Erklärung für diesen bedauerlichen Umstand liegt in erster Linie darin, daß bei dem Anbringen von Schutzvorrichtungen viel zu viel auf Unversehrtheit geachtet wird. Die Vorrichtungen zählen heut schon zum Parade-Inventar der Fabrik, sie müssen an auffallenden Stellen angebracht, mit schreienden Farben angemalt werden, damit sich dann der Bestzer hinstellen kann und reklamieren: „Seht, so wird hier für die Arbeiter gesorgt! In vielen Fällen sind diese Vorrichtungen dem Arbeiter lästig, weil sie seine Bewegungsfreiheit erheblich hindern. Bei Akkordarbeitern macht sich das umsofort recht fühlbar, als dieselben infolge des Gemüthes der Schutzvorrichtung für die Herstellung bestimmter Arbeiten mehr Zeit aufwenden müssen, deshalb also auch weniger Lohn verdienen können. An den Gegenständen, an denen sich die Vorrichtungen nicht so gut „ausnehmen“, werden auch keine angebracht. Im Maschinenbau ereignen sich viele Unglücksfälle am Schleifstein und der steht meistens in einer dunklen Ecke ohne jede Schutzvorrichtung. In manchen Fabriken werden Leitern noch in Gebrauch genommen, die längst hätten zu Brennholz verwandelt werden müssen. Um Re klammert sich auch kein Meister und kein Ingenieur. Alles in Allem wird von den Schutzvorrichtungen viel zu viel Aufhebens gemacht, sie werden als Paradeferde demüthigt, die jedesmal vorgeschoben werden, sobald dies im Interesse des Fabrikbesizers notwendig erscheint. Für die Arbeiter giebt es nur ein Universal-Schutzmittel: Verkürzung der Arbeitszeit und ausreichende Lohnzahlung.

In den hiesigen Krankenhäusern haben wohl selten soviel Aufnahmen erkrankter Personen stattgefunden, wie in den

legten Tagen. Dieser Umstand ist zur Hauptsache auf den plötzlich eingetretenen Witterungswechsel zurückzuführen. Namentlich sind es innerlich Kranke, die um Aufnahme in den Krankenhäusern nachsuchen. Die Charities und die städtischen Krankenhäuser sind deshalb fast überfüllt. Allein am gestrigen Tage fanden in der Charities fünfundsiebzig Aufnahmen innerlich Kranker statt.

Ein anderer Berichterstatter schreibt, daß die Influenza gegenwärtig sehr stark in Berlin auftritt; besonders ist es der nordöstliche Stadttheil, in dem eine große Anzahl von Erkrankungen dieser Art in den letzten Tagen zur ärztlichen Behandlung gelangt sind. Es sollen ganze Familien an dieser Krankheit darniederliegen; so in der Steibel-Straße, der Prenzlauer Allee, der Prenzlauer Straße. Inzwischen hat die Krankheit bis jetzt einen höchst charakteristischen Charakter angenommen. Sie tritt meist mit heftigem Fieber auf und hält drei bis vier Tage an; nur in einem einzigen Falle ist als Folge der Influenza Lungenentzündung zu verzeichnen gewesen.

Der Schuhmacher Herr Hermann Krause, Matthienstraße 17, ersucht um Mithilfe, daß er mit dem vom Raubklub „Ohne Zwang“ öffentlich aufgeforderten Herrn gleichen Namens nicht identisch sei.

Fahrten eines Industriellen. Jüngst wurde aus Hamburg gemeldet, daß von dort der Begründer und Direktor des Wiener Bades „Anglo-Hamburger Sanatorium“ Bernhard Hoffmann flüchtig geworden sei und wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt werde. Hoffmann ist früher auch in Wien und in Berlin sehr bekannt gewesen. Wie Wiener Blätter berichten, hatte der jetzt etwa 50 Jahre alte Mann in Wien als Unternehmer eine der glücklichsten Epochen der Bauperiode mitgemacht. Die erste Unternehmung glückte ihm, später brachten ihm großen Gewinn, er erbaute eine ganze Straße, die seinen Namen „Hoffmannsstraße“ führt. Hoffmann besaß im Jahre 1885 mehr als 200,000 Gulden Privatvermögen, welches er, des ihm angebotenen hohen Ertrages wegen, einem Spekulant übergab. Durch den Niederbruch des Letzteren verlor Hoffmann Alles. Mit Hinterlassung bedeutender Schulden wendete er sich 1887 nach Berlin. Hier erbaute er in der verlängerten Zimmerstraße das „Admiralbad“ verachteten Angebens. Er ging dann nach London mit den Plänen für ein Bad mit verschiedenen ärztlichen Abteilungen, verkaufte seine Pläne an eine englische Gesellschaft, welche mit einem Kapital von 100,000 Pfd. Sterling ins Leben trat. Hoffmann erhielt als Abfindung 8000 Pfund. Mit diesem Gelde erwarb er in Hamburg die Mortheide gegenüber dem Thalia-Theater, und erbaute ein großes Bad mit Schwimmbassin, Kaltwasser- und Kneippkur etc. Hoffmann führte in Hamburg diese „Möde“ durch wie in Berlin. Er deponierte die Aktien bei einer Bank, ließ sie belehnen und ging mit dem Gelde durch. Den sämtlichen Gläubigern ließ er die stark devalvierte Bade-Anstalt zurück. Er dürfte sich nach Amerika gewendet haben.

Der frühere Prokurist der Firma Hirschfeld u. Wolff, Max Samatolski, der gefänglich eingezogen worden war, weil er im Verdacht stand, an den von Wolff verübten Betrugsereien theilgenommen zu haben, ist gegen Bürgschaft aus der Haft entlassen worden. Gerichtlich wurde festgestellt, daß die Verhaftung vorgenommen worden ist, weil Samatolski angeblich im vorigen Jahre 40,000 M. als Tantôme erhalten hat. Daraus soll dem gefolgert worden sein, daß er den Wadenschäften Wolff's Vorschub geleistet habe. Die Bürgschaft Samatolski's ist auf 15,000 M. festgesetzt und von Verwandten gestellt worden.

Ueber seine Erlebnisse in der Nordbaffare Nische hat der nunmehr aus der Untersuchungshaft entlassene Handlungs-Kommiss Schulz einer hiesigen Lokal-Korrespondenz persönlich folgende Einzelheiten mitgeteilt:

„Ich heiße mit Vornamen Ernst, bin am 1. März 1871 in Wachen geboren und war in den letzten drei Jahren in Berlin in Kolonialwaren, Delikatessen und Zigarrengeschäften thätig. Seit dem 15. Oktober d. J. bin ich stellenlos, nachdem ich zuletzt bei Reinhold Spedewitz, Brunnenstr. 121 b, angestellt war. Ich bezog von da aus die Schlafstelle bei Frau Grünthal und meldete mich als Otto Eisen an. Diesen Reichthum habe ich schwer büßen müssen. Am Sonntag, den 25. v. M., erfuhr ich in der Landbergstraße durch ein Extrablatt von dem Morde in der Holzmarktstraße. An demselben Abend besuchte ich um 12 1/2 Uhr das Wiener Café von Schulz, Ecke der Linden- und Alte Schönhauserstraße, nachdem ich vorher an einer sogenannten Gesellschaftsstunde im Lokale von Simon Theil genommen hatte. In dem Café setzte sich ein Mädchen zu mir, mit welchem ich aber nichts zu thun haben wollte, weshalb ich mich fünf fremden Herren zugesellte. Als ich um 1 Uhr auf die Straße trat, näherte sich mir ein Kriminalbeamter, zog seine Erkennungsmedaille aus der Tasche und äuperte: „Ach Sie können mal mitkommen, es handelt sich um eine Kognition.“ Inzwischen waren zwei weitere Kriminalbeamte hinzugesetzt, in deren Mitte ich nach dem Polizeipräsidium vor den Kommissar da Jour geführt wurde. Ich mußte noch immer nicht, worum es sich handelte, wurde, nachdem man mir erklärt hatte, ich müsse die Nacht über dortbleiben, in ein Zimmer gesetzt, in welchem sich ein Schuhmann in Uniform befand. Ich schloß kein Auge, weil mich ein unbestimmtes Etwas bedrückte, über welches ich mir keine Rechenschaft ablegen konnte.

Am nächsten Morgen wurde es schon zeitig lebendig, ich hörte viele Frauenstimmen und wurde schließlich in einen Raum gerufen, wo etwa sechs weibliche Personen standen, welche bei meinem Eintritt wie aus Kommando ausriefen: „Das ist er!“ Jetzt erst wurde mir klar, was man mit mir vorhatte: Ich sollte der Mörder der Nische sein. Ich wurde dann jedem Frauenglied einzeln vorgeführt und mußte jedesmal hören, daß die Beschuldigung aufrecht erhalten wurde. Besonders war es die unverheiratete Labach und eine unverheiratete Lehmann, welche mit verbissener Sicherheit behaupteten, daß sie mich aus dem Mordbauze hätten kommen sehen, bezw. daß sie mich bereits kannten. Ich wußte nicht mehr, wie mir geschah. Um 3 Uhr Nachmittags fuhr eine Droschke vor; in Begleitung zweier Schuhmacher brachte man mich nach dem Leichenbauze wo selbst man mir die glücklich entstellte Leiche der Ermordeten zeigte. Als ich naturgemäß meinen Blick dem aufgeschnittenen Körper zuwandte, suchte einer der anwesenden Herren: „Sehen Sie sich doch das Gesicht der Todten einmal an, das ist doch die Hauptsache; kennen Sie die Person?“ Ich verneinte die Frage und erklärte auch, daß die mir sodann vorgelegten Rückenmesser mir unbekannt seien. Wenn man auch wohl die Polizeibeamten an meine Schuld glauben mochten, so fiel keine kränkende Äußerung. Anders war es in dem Untersuchungsgefängnis zu Moabit, wohin ich nunmehr gebracht wurde. Als ich in die Expedition eintrat, rief mich dort ein begreifender Aufseher: „Hier ist der Jock“, und ich hierauf unwillkürlich antwortete: „Nein, ich bin unschuldig“, riefen meine Worte Lachen hervor. Ich erhielt nun die Zelle 41, welche, wie ich später dort erfuhr, der Raubmörder Klausin bewohnt hatte; Ketten wurden mir nicht angelegt. Noch an demselben Tage mußte ich vor dem Richter Dr. Jung erscheinen, welcher mich auf den Morde hin vernahm. Schon jetzt nahm die Sache eine für mich günstige Wendung; dieselben Zeuginnen, welche mich im Polizeipräsidium mit dem Rufe „Das ist er“ empfangen hatten, schlugen hier völlig im, indem sie ausriefen: „Das ist er nicht“; nur eine einzige blieb in ihrer Angabe schwankend.

Eine große Rolle spielte bei der folgenden Vernehmung mein Ueberzieher, welcher übrigens nicht lassebraun, sondern rothbraun ansieht. Da ich nun aber durchaus einen lassebraunen Ueberzieher bei dem mir zur Last gelegten Morde getragen haben sollte, so wurde angenommen, ich habe wahrscheinlich mittelst eines von mir gefundenen Spertheils die Wohnung meiner Wirthin gedehnt, um mir den dunklen Ueberzieher des Wirthsarbeiters Bogdow aus der Schlafkammer zu holen. Der Jock

sollte zu der Eingangstür genau passen. Die im Beisein des Kriminal-Kommissars Wehn am 1. v. M. mit Hilfe eines ganzen Bändels von Dietrichs und Schlüsseln an der Thür angestellten Versuche ergaben indes, daß das Schloß erst nach Verlauf einer Stunde nachgab. Nun handelte es sich um meine Kenntniß im Zerlegen von Bild, welche ich in dem Gesichte von Schmidt und Drumm, Basse-Alianost. 20, mir erworben haben sollte. Auch dies wies ich zurück und nannte Zeugen dafür, daß ich zum Zerlegen von Bild niemals veranlaßt worden bin. Dieser Punkt bildete den Gegenstand meiner letzten Vernehmung am 7. d. M. Durch die einzigen Vernehmungen wurde ich trotz des Gesichts meiner Unschuld derart stumpf, daß ich anfangs, mich in die Rolle eines Mörders hineinzuleben. Da endlich schlug meine Erdichtungskunde; ein Gefängnisbeamter betrat meine Zelle, fragte, ob ich in den beiden letzten Tagen vernommen worden sei und erklärte auf mein „Nein“, daß er mich dann hinauswerfen müsse, ich möchte mich bereit machen, daß ich fortlaufe. (I) Ich bin frei, doch wird mir, wo ich um Stellung anlosse, arges Mißtrauen entgegengebracht.

Wir haben sofort darauf aufmerksam gemacht, daß die angeblich den Schulz belastenden Momenten keinerlei Beweiskraft innehaben, ja daß sie nicht einmal einen Verdacht begründeten. Die Angaben Schulz's stimmen mit denen der Polizei darin überein, daß besonders die unverheiratete Labach ihn bestimmt erkennen wollte. Die Labach konnte ihn aber nur als ihren Besucher, nicht als den Mörder erkennen; wie dieser Kognition irgend ein Werth beigelegt werden konnte, ist kaum verständlich. Es gibt bei uns keine Entschuldigung unschuldig Verhafteter. Daß man aber einem unschuldig Verhafteten, statt sich zu entschuldigen, obendrein bedeutet, er solle machen, daß er fortlaufe, ist, wenn es wahr ist, doch ein bißchen stark.

Charlottenburg. Alle diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, am Montag, den 16. d. M., am Tage der Kommunalwahl, thätig zu sein, mögen sich beim Restaurateur Krause, Bismarckstr. 74, melden. Zu gleicher Zeit werden die Parteigenossen aufgefordert, am Sonntag, früh 7 Uhr, sich ebenfalls selbst einzufinden zur Verbreitung eines Flugblatts. Das Komitee.

Polizeibericht. Am 10. d. M. Vormittags fiel dem Arbeiter Grasse auf dem Neubau Königsbergerstr. 6 ein vom Dach herabfallender Rehrigel auf den Kopf. Er erlitt eine Gehirnverletzung und mußte nach dem St. Hedwig-Krankenhaus gebracht werden. — Am 11. d. M. Mittags ging das Pferd eines Geschäftswagens in der Wallstraße durch. Vor dem Hause Nr. 24 versuchte der Handelsmann Schüler dem Pferde in die Zügel zu fassen, wurde jedoch zu Boden geworfen, vom Pferde getreten und demnach schwer verletzt. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht. — Auf seinem hinter dem Grundstück Ni-Neobit 61 liegenden Kahn wurde Nachmittags der Schiffer Schonk mit Umlegen des Mastbanns am Kopfe so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Noabit erforderlich wurde. — Bei den Fundamentierungsarbeiten zu einer Kelleranlage auf dem Grundstück Belfortstr. 4 stürzte zu derselben Zeit eine nach dem Nachbargrundstück zu angebrachte Verankerung zusammen und wurde der Maurer Gort durch das nachfolgende Erdbeben erschüttert. Er erlitt dabei schwere Verletzungen am Unterleib und mußte nach dem Augusta-Hospital gebracht werden. — Vor dem Hause Jerusalemstr. 86/87 wurde gegen Abend ein 90 Jahre alter Schneidermeister von einem Geschäftswagen überfahren und an beiden Beinen verletzt. — In einem Scha-Nostal in der Guelienstraße schlug Abends der Arbeiter Utzge einem anderen Arbeiter infolge eines Streites mit einem Bierglase ins Gesicht und verletzte ihn dadurch so bedeutend, daß er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit fanden in der Stromstr. 40 und Ruppinerstr. 51 kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Gegen den Redakteur unseres Blattes, Reinhold Cronheim, wurde gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen Beleidigung durch die Presse verhandelt. Es handelte sich um zwei Artikel, welche in den Nummern 178 und 188 des „Vorwärts“ vom 26. Juli bezw. 12. August d. J. erschienen sind. In dem ersten Artikel war der großherzoglich preussische Staatsanwalt Dr. Brest zu Offenbach, in dem zweiten der Polizeipräsident Kessler zu Magdeburg der Beleidigte. Der erste Artikel kritisierte, daß der Staatsanwalt gegen das Offenbacher Abendblatt wegen Beleidigung eingeschritten war, weil dasselbe einen Privatmann angegriffen haben sollte. In der Begründung der Anklage habe der Staatsanwalt deshalb ein öffentliches Interesse für vorliegend erachtet, weil gegen die Ausbreitungen und Angriffe einer gewissen Parteipresse ein energisches Einschreiten geboten sei. Gegen diese Begründung richtete sich der Artikel im „Vorwärts“, der mit den Worten schloß: „Es ist zweifelsohne etwas Schönes um die Jurisprudenz.“ Da die Veröffentlichung dieses Theils der Anklageschrift gegen das „Offenbacher Abendblatt“ zu einer Zeit stattgefunden, als die fragliche Anklageschrift noch nicht in öffentlicher Verhandlung kundgegeben worden war, so war auch nach dieser Richtung hin gegen Cronheim Anklage erhoben worden. — Der zweite Artikel theilte mit, daß der Polizeipräsident Kessler zu Magdeburg den dortigen Galstewerthen wieder eine Freundschaft habe, indem er denselben neuerdings wieder Bekanntschaften in ihrem Gewerbe dadurch anfertigt habe, daß er ihnen befohlen, jehdlichen Personen unter 18 Jahren den Zutritt zu den Tanzlokalen nicht zu gestatten. Dieser Artikel schloß mit dem Satze: „Unfetter Ansicht nach muß der Magdeburger Polizeipräsident beim Tanzen und Kneipen schon viel Unglück gehabt haben und außerdem seine Galle von einer außergewöhnlichen Konstitution sein.“

Staatsanwalt von Rheinbaben stellt beide Vergehen für erwiesen und beantragte eine Gesamtstrafe von 200 Mark, während der Beleidigte, Rechtsanwalt Prudenthal, höchstens in der Kritik gegen den Magdeburger Polizeipräsidenten eine Beleidigung erblicken konnte und wegen des ersten Artikels die Freisprechung beantragte. In Betreff der vorzeitigen Veröffentlichung eines Theils einer Anklageschrift habe das Reichsgericht entschieden, daß dadurch irgend ein Einfluß auf die Beleidigten des betreffenden Strafverfahrens angebracht werden müsse und dies sei im vorliegenden Falle nicht zutreffend.

Der Gerichtshof hielt den Angeklagten in sämtlichen Punkten für überführt, ging aber über den Antrag des Staatsanwalts weit hinaus und erkannte auf fünf Wochen Gefängnis.

Ein unverbesserlicher Schwabber stand gestern in der Person des Kaufmanns Oskar Oehmker vor der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der noch jugendliche Angeklagte hat in den kurzen Zwischenräumen, die zwischen seinen vielen Vorstrafen liegen, ausschließlich vom Schwindeln gelebt, welchen er mit großer Verschlagenheit betreibt. Im Juli d. J. ist er wegen eines einzigen Betrugsfalles zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden und jetzt lagen gegen ihn 9 neue Betrugsfälle vor. Nach seiner letzten Entlassung aus der Strafkammer methete er sich hieselbst ein möblieres Zimmer, ging sofort wieder auf den Raub aus und suchte eine ganze Reihe hiesiger Geschäftsleute heim. Er spielte den vornehmen Mann, fuhr in einer Droschke erster Klasse vor und entnahm die verschiedenartigsten Waaren, wobei er gewöhnlich den Schein erweckte, als ob er ein zahlungsfähiger Mann sei und beschaffte, ein Geschäft zu eröffnen. Von Bezahlung war niemals die Rede und das Kommen und Gehen von Waaren, welche Waaren brachten und solchen, welche vergeblich Be-

zahlung verlangten, wurde dem Besizer der Angeklagten in unheimlich, daß er denselben kurzer Hand aus der Wohnung entfernte. Eine Kunstfertigkeit entwickelte der Angeklagte auch auf dem Gebiete der Fuchprellerei. Er erschien bei verschiedenen Restaurateuren, welche ihn aus früherer Zeit her noch oberflächlich kannten, stellte sich als Betriebsinspektor der großen Berliner Pferde-Eisenbahn vor, sprach von seinem Vater, den er als Bauerngutsbesitzer bezeichnete und legte die Betreffenden mit ziemlich bedeutenden Fuchschulden hien. Der Staatsanwalt hielt es für angezeigt, den gefährlichen Menschen, der es trefflich versteht, in der Masse des harmlosen Wiedermanns aufzutreten, auf längere Zeit unschädlich zu machen und er beantragte deshalb, unter Aushebung des Erkenntnisses vom Juli d. J. eine Gesamtstrafe von 10 Jahren Zuchthaus und 1500 M. Geldbuße event. noch 80 Tage Zuchthaus. Der Gerichtshof hielt zwei Fälle der Anklage nicht für erwiesen und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 3 Jahren Zuchthaus und 1200 M. Geldbuße, event. noch 80 Tage Zuchthaus.

Auf höchst unsolider Grundlage ruhte ein Unternehmen, welches gegen einen der Gründer, den Kaufmann Oskar Ferdinand Danz, eine Anklage wegen Betruges zur Folge gehabt hat, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Im Sommer des Jahres 1888 verband der Angeklagte sich mit dem Schriftsteller Dr. Richard Grothe zur Gründung eines Buch- und Kunstverlags. Es sollten Romane in Verbindung mit „Schönheits-Galerien“ vertrieben werden. Reiner der beiden Gründer besaß Mittel und mußte deshalb ein dritter Theilhaber mit Geld gesucht werden. Man wandte sich an einen Stellenvermittler, welcher auch eine gewisse Persönlichkeit ausfindig machte und dem Angeklagten zuschickte. Es war dies ein ehemaliger Post-Unterbeamter, der sich im Besitze von 2000 Mark befand. Danz und Dr. Grothe mußten dem geschäftswegenden Manne die Rentabilität des Unternehmens in den verlockendsten Farben zu schildern und es kam auch zu einem Vertrage. Danach sollte der neu eintretende Theilhaber 2000 M., die bei der Deutschen Bank hinterlegt und nach und nach, wenn sie zur Einrichtung des Geschäftes zu verwenden waren, wieder abgehoben werden sollten, einschließen, während Danz und Dr. Grothe sich verpflichtet machten, je 4000 M. beizutreten. Da keiner der Letzteren Baarmittel besaß, so halfen sie sich durch Blanko-Wechsel, die sie angeblich in die Geschäftskasse thun wollten. Die drei Theilhaber fuhrten auch zusammen nach der Deutschen Bank, woselbst das Geld aber je zur Hälfte auf die Namen von Dr. Grothe und Danz eingetragen wurde. Nun mußte noch ein Hausdiener mit „Sicherheits“ angenommen werden. Auch dieser fand sich leicht. Derselbe besaß 200 M. und erpferte hierauf dem Danz 100 M., 10 M. mußte er doch behalten, um für einige Zeit das Leben zu fristen. Danz legte ihm zwei Scheine, einer über den anderen, zur Unterschrift vor und der Hausdiener setzte seinen Namen auf den zu oberst liegenden, ohne den Inhalt durchzulesen. Dann schickte Danz den unterschriebenen Schein soweit zurück, daß nur der unbeschriebene Rand des unteren Scheines zu sehen war und auch diesen unterschrieb der Stellenjuchende in der Meinung, daß es sich um den Rationenschein handele. Danz nahm beide Scheine an sich und ist es dem Hausdiener nicht möglich gewesen, einen derselben ausgeliefert zu erhalten. Es hat sich später herausgestellt, daß Danz die Scheine als Darlehensbescheinigung angeklebt hatte, bevor er es zur Eröffnung des Geschäftes, oder auch nur einer Einrichtung eines solchen kam, verschwand Dr. Grothe. Er war inzwischen zu einer erheblichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden und wurde schließlich, nachdem er bei seinen Namen bei der Deutschen Bank hinterlegte Depot abgehoben hatte. Der hinter ihm erlassene Steckbrief hat bis jetzt keinen Erfolg gehabt. Auch Danz hatte den auf seinen Namen eingetragenen Posten abgehoben und nebst der Ration des Hausdieners verwahrt. Beide Betrogenen haben nicht einmal wenig jurisdichalten. Der Staatsanwalt konnte nur gegen Danz einschreiten, gegen den er unter Berücksichtigung seiner vielfachen Vorstrafen eine Gefängnisstrafe von anderthalb Jahren und dreijährigen Ehrverlust beantragte. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage und ließ den Verurtheilten sofort in Haft nehmen.

Wegen schwerer Urkundenfälschung sollte gestern vor der II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I gegen den „Schäfersführer“ Gustav Vietloff verhandelt werden. Der Angeklagte ist ein in der Schönhauser Vorstadt bekannter Mann, Besitzer einer Zigarrenfabrik und Hausgenossen, welcher im Februar d. J. wegen schwerer Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Das Reichsgericht hat das Urteil aufgehoben und die Strafverurteilung nicht stattgefunden, infolge dessen muß diese Strafsache noch einmal vor der Kammer verhandelt werden. In dem vor einiger Zeit angefallenen Termin war der Angeklagte nicht erschienen; als „Geschäftsführer“ seiner Ehefrau, welche jetzt Besitzerin der Fabrik ist, befand er sich damals in London und sandte dort her die Entschuldigung, daß er krankheits halber nicht erscheinen könne. Gestern wiederholte sich dasselbe Mandat. In einem aus Rotterdam eingegangenen Briefe erklärte der Angeklagte wiederum, daß er daselbst erkrankt sei und schickte dem Gerichtshof das Zeugniß eines angeblichen Mitreisenden ein, welcher die Erkrankung bestätigte. — Der Staatsanwalt hielt diese Entschuldigung für durchaus ungenügend und nunmehr zur Evidenz beigetragen, daß der Angeklagte nur darauf ausgehe, eine Verzeihung herbeizuführen. Er beantragte deshalb die Verhaftung des Angeklagten, auf welche der Gerichtshof auch erkannte.

Buchdrucker-Bewegung.

Aus Leipzig schreibt man uns unterm 11. November: In einer heute Nachmittag abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, zu der auch die Hilfsarbeiterinnen Zutritt hatten, wurde der Generalstreik proklamiert. Nach einem Situationsbericht des Herrn Niedeck fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute am 11. November Nachmittags im „Besenbrenner“ zu Leipzig tagende allgemeine Buchdrucker-Versammlung, zu welcher die Arbeiterinnen aus den Buchdrucker- und Schriftgießereien eingeladen sind, hält nach wie vor an den aufgestellten Forderungen fest und beschließt, angesichts der für die Gehilfen günstigen Lage und um schneller den gegenwärtigen Zustand vollständig zu beseitigen, Bewilligungen einzelner Buchdrucker- und Schriftgießereien nicht anzunehmen, sondern erst dann die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn in sämtlichen in Frage kommenden Druckereien und Buchdrucker- und Schriftgießereien die Forderungen der Gehilfen bewilligt und angedem die Gewähr geleistet wird, daß alle ausstehenden Gehilfen und Arbeiterinnen wieder eingestellt werden.“

Die Versammlung war von ca. 1800 Personen besucht. Unter den Streitenden herrscht ein ausgeprägter Geist. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Breslau schreibt in eigener Sache über die Buchdrucker-Bewegung: „Sozialdemokratisch haben die Mitglieder des Untergrundvereins deutscher Buchdrucker“ wie überall in Deutschland, auch in Breslau am Sonnabend Abend die Arbeit in allen hiesigen Druckereien eingestellt, in welchen ihre nur zu geringen Forderungen (neunständige Arbeitszeit und Lohnprozentuale Erhöhung) nicht bewilligt wurden. Am Freitag fand bereits im Restaurant „Sandsouci“ eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher über die Lage der Breslauer Buchdrucker-Gehilfen ausführlich referirt wurde. Hierbei wurde der Kollege Schließ die Mittheilung, daß unter Anderem eine Zeitungsdrucker die Forderungen der Gehilfenchaft wohl be-

willig, später aber wieder zurückgezogen hatte. Es ist dies
leider jene Druckerei gewesen, in welcher auch die „Volkswacht“
hergestellt wird. Daß der Verlag der „Volkswacht“
die Mehrforderung des Druckers bewilligt hat, ohne kontrakt-
lich dazu verpflichtet zu sein, ist natürlich, aber ebenso natürlich
ist auch die Tatsache, daß der Verlag weitere
Repressalien gegen den Drucker nicht aus-
zuüben in der Lage ist. In einer Prinzipalversammlung
hat der Vertreter nun sein Wort gegeben, die Bewilligung
momentan wieder zurückzuziehen, und so blieb dem Personal
nichts anderes übrig, als zu gehen. Wir sahen unsere
alten Arbeitsgenossen mit schweren Herzen ziehen —
das materielle Opfer, das wir gern gebracht, ge-
schloß nicht, den Streit aus unserer Nähe fernzubalten.
Der Glanz der ganzen kapitalistischen Produktionsweise trifft auch
uns, weil wir zu arm sind, um die „Volkswacht“ in
eigener Druckerei herstellen lassen zu können.
Wer deswegen findet wir dieselben, wie vorher und unsere früheren
Mitarbeiter werden aber kurz oder lang doch wieder ihren Einzug
halten in die angemessenen Räume — als Sieger natürlich!
Denn einem längeren Ausstand der fest organisierten Gehilfen-
schaft gegenüber müssen die Prinzipale die Segel streichen.“
Die Leipziger Schmiebe zahlen zur Unterstützung der
Buchdrucker pro Mann und Woche 50 Pf. Extrazent.

Soziale Ueberblick.

Au die Former Deutschlands!

Da in einer hiesigen größeren Eisengießerei wegen inhumanen
Küstrens des Stiefweisers gegen die Former und wegen Re-
duktion des Stundenlohnes ein Konflikt auszubrechen droht, so
müß jeder hier zureisende arbeitssuchende Former — selbst wenn
er auf Verschreibung kommen sollte — gebeten, erst den Unter-
zeichneten in dessen Wohnung zu besuchen.

Karl Schoubye,
Vorsitzender des Former-Fachvereins,
Classenstraße 12,
Kopenhagen F.

In Raguhn und Klein-Möhlitz droht wegen be-
schäftigter Lohnreduktion eine Arbeitseinstellung der
Zöpfler.

Zu Niesha haben die beim Bau der Kaserne beschäftigten
Bauer die Arbeit niedergelegt. Nach dem „Chemnitzer
Zugblatt“ ist die Ursache des Streiks in verweigerter Lohn-
erhöhung zu suchen.

In Dublin streiken die Kornträger.

Versammlungen.

Die öffentliche Generalversammlung der Maurer,
welche am 8. d. M. nach der „Braunauer Friedrichshain“ be-
zugs Abrechnung der alten 1886er Lohnkommission
einberufen worden war, hatte kaum 200 Personen zusammen-
geführt. Trotz der geringen Kopfzahl kam es doch zu recht an-
geleglichen Debatten. Den Rechenschaftsbericht erstattete Revisor
Großmann. Derselbe bemerkte, daß Bücher und Befehle sich
nach in Händen der Staatsanwaltschaft befinden. Die Abrech-
nung erstreckte sich von dem Tage der polizeilichen Schließung ab
bis zum heutigen Tage. Im Jahre 1888 betrug bei Schließung
der Lohnkommission der Bestand 1812 M. 75 Pf. Polzeilich be-
schlagnahmen wurden bei Lehmann 61 M., bei Lehmann 376 M.
30 Pf., bei Höhne 51 M. Diese beschlagnahmen Gelder sind
mit 3 Pf. Zinsen neuerdings zurückgezahlt worden. Auf Sammel-
büchern gingen zur Deckung der Projektskosten ein 608 M. 20 Pf.
Von diesen wurden vorausgibt 168 M. 55 Pf. An Projektskosten
(Rechtsanwälte, Entschädigung der Angeklagten etc.) wurden ver-
anschlagt 4895 M. 85 Pf. Vorhanden sind 2193 M. 89 Pf.
Von dieser Summe sind 1200 M. zinslos, doch jederzeit verfüg-
bar, an sicherer Stelle niedergelegt. Ohne Vorhandensein der
Bücher hielt Gröppler eine allseitig befriedigende Abrech-
nung nicht für möglich und beantragte demnach Vertagung
dieser Angelegenheit. Die Versammlung ging indessen ein-
mützig über diesen Antrag zur Tagesordnung über und be-
schloß nach längerem Auseinandergehen folgende Reso-
lution: „Die heutige Versammlung schenkt den alten
Revisoren und der alten Lohnkommission ihr volles Vertrauen
und erteilt denselben Entlastung. Es ist jedoch nach Heraus-
gabe der Bücher seitens der Staatsanwaltschaft mit Hinzuziehung
der neuen Revisoren eine Spezialabrechnung zu veröffentlichen.
Im Uebrigen bleibt die Regulierung der öffentlichen Angelegen-
heiten in unserer Gewerkschaft bestehen, wie sie derzeit gehan-
delt wird.“ Ueber die Verwendung der vorhandenen Gelder ent-
sprach sich nunmehr eine sehr lange Debatte. Gegen nur wenige
Stimmen wurde endlich beschlossen, die gesamte Summe den
alten Berliner Vertrauensmännern zur zweckentsprechenden
Verwendung zu überweisen. 300 M. wurden den streikenden
Weißgerbern bewilligt. Den Rechenschaftsbericht der Kommission
erstattete sodann der Verleger des „Bauhändler“, Wille.
Der Bericht ist bereits veröffentlicht worden. Die Verwaltung des
„Bauhändler“ wurde einstimmig entlastet. Zur Tages-
ordnung stand die Neuwahl der Kommission. In dieser
wurden gewählt Karl Schulz und Blaurod. Der früher
gefaßte Beschluß, die Reservation eines Garantiefonds in Höhe
von 1500 M. aus dem Garantiefonds der Berliner Maurer für
den „Bauhändler“ betreffend, wurde als noch zu Recht be-
stehend, anerkannt bzw. erneuert. Mit der Regelung der An-
gelegenheit Huth (300 M. betreffend) wurden Jansch, Koll
(Blaurod, Raschke, Rynak) beauftragt wurde, die Be-
handlung und Ausarbeitung einer Neuerung, welche dieselben
nach Aussage Kerstans auf dem Maurerkongresse zu Gotha
in Bezug auf Wille gethan haben sollen, zu interpellieren und
event. eine öffentliche Erklärung derselben im „Vorwärts“ zu
veranlassen. Ueber 14 Tage findet eine abermalige General-
versammlung statt.

In der Monatsversammlung der Vereinigung
der Maler etc. Filiale 7 SW., welche am 8. November
stattand, erstattete Kollege Zeiske die von der Kommission
vorgeschlagenen Änderungen der Statuten. Es entspann sich
hierüber eine längere Debatte, in welcher verschiedene Anträge
gestellt bzw. der Kommission übergeben wurden.

Im Verschiedenen wurde bekannt gemacht, daß die Ver-
sammlungen von jetzt ab jeden Dienstag nach dem Ersten im
Mensa stattfinden. Ferner soll in der nächsten Versammlung
über die Tagesordnung der Generalversammlung weiter beraten
und gleichzeitig die Wahl eines Delegierten vorgenommen werden.
Dann beschloß man der Bibliothek 10 M. aus der Vereinskasse zur
Einkaufung wissenschaftlicher und sozialistischer Werke zu über-
weisen, und wählte hierzu eine Kommission von drei Mann,
welcher die Kollegen Nicolai, Niesop und Möller angehören. Auch
wurde angefordert, falls Mitglieder im Besitz von lehrreichen
Büchern sind, solche Bücher teilweise oder als Geschenk der
Filiale zu überweisen.

Des Weiteren wurde betreffs des im „Verein-
sange“ gebrachten Berichts über den Erfurter Parteitag
folgende Resolution einstimmig angenommen:
„Die heute, am 8. November, tagende Versammlung der
Filiale Schwabst erklärt sich mit dem Vorwort in Nr. 43 unseres
„Vereinsangeigers“, betr. die Beschlüßfassung des Parteitages in
Erfurt, nicht einverstanden, denn es heißt da: Die Debatte drehte

sich selbstverständlich um die sogenannte Opposition; ferner
wurde dem Genossen von Vollmar auf dem Parteitage ein
erbärmliches Verhalten unterzogen. Dieses objektiv zu unter-
suchen, inwiefern der sogen. Opposition Anrecht geschehen sein
oder v. Vollmar eine verwerfliche Handlungsweise begangen
haben soll, sprechen wir dem betreffenden Schreiber oder der
Person, welche derartige Artikel Vorjuch leistet, die Fähigkeit
gänzlich ab.“

Es wurde noch erklärt, daß da der Artikelschreiber es wohl
nötig gehalten hat, über das Verhalten des Parteigenossen
v. Vollmar in Erfurt zu schreiben, er aber keineswegs das
traurige Verhalten der Opposition schilderte, man dies jedenfalls
nur dem oppositionellen Standpunkt des betreffenden Schreibers
zurechnen müsse; die Kollegen sollten energisch dafür eintreten,
daß derartige Artikel nicht mehr im „Vereinsangeiger“ veröffent-
licht werden.

Eine öffentliche Ristenmacher-Versammlung tagte am
8. November mit der Tagesordnung: Bericht über die Streik-
Kontrollkommission. Nachdem der Vertrauensmann Kollege
Schreiber Bericht erstattet hatte, wurde ein Antrag, welcher dahin
lautet, sofort Sammelbüchern in den Werkstätten zurück zu lassen,
um eine schnelle Unterstützung der streikenden Weißgerber und
Handschuhmacher herbeizuführen, einstimmig angenommen; des-
gleichen folgende Resolution:

„Die öffentliche Versammlung der in der Ristenbranche be-
schäftigten Arbeiter beschließt kräftig für die Verbreitung der
5 Pfennigmarken einzutreten und dafür zu sorgen, daß auf diese
Weise der Streik-Kontrollkommission Mittel zur Verfügung ge-
stellt werden.“

Die Versammlung des Fachvereins der in Buch-
bindereien und verwandten Betrieben beschäf-
tigten Arbeiter, welche am 9. November stattfand, bot
einen interessanten Vortrag des Herrn Henning über: „Die
Bartholomäusnacht.“ Der lebhafteste Beifall, welchen das Referat
fand, bewies, daß dasselbe unter den Mitgliedern nicht fruchtlos
geblieben war. Hierauf theilte Kollege Widdler mit, daß der
Beschluß der letzten Generalversammlung bei den Buch-
druckern eine Unterstützung hervorgerufen hätte; er empfahl
deshalb folgende Resolution zur Annahme, welchen Ersuchen die
Versammlung natürlich auch entsprach: „In Erwägung, daß der
Beschluß der letzten Generalversammlung der Buchdrucker-
bewegung uns in eine unangenehme Lage geführt hat, da durch
die Form der Berichterstattung, in welcher die Motive, welche
zu diesem Beschluß führten, nicht genügend erläutert sind und
infolge dessen der Beschluß eine falsche Auffassung seitens der
Buchdrucker und der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ge-
standen hat, erklärt die heutige Versammlung, daß sobald
seitens der Buchdrucker der Ruf um Unter-
stützung an die gesamte Arbeiterchaft ergeht,
auch die Buchbinder und verwandten Berufs-
genossen diesem Rufe Folge leisten werden und
im Uebrigen der Buchdrucker-Bewegung ihre
volle Sympathie ausdrücken.“

In einer öffentlichen Versammlung der in der
Blumen- und Buschzucht-Branchen und in verm.
Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbei-
terinnen, welche am 8. d. Mts. stattfand, hielt Herr W.
Gründel einen interessanten Vortrag über „Volksernährung“,
welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand
nicht statt. Unterem Punkt „Verschiedenes“ wurde zur Sprache
gebracht, daß ein Fabrikant das Groß-Rosen zu 7 M. abgebe,
während andere Fabrikanten dafür das Doppelte erzielten. Dies
könnte natürlich nur auf Kosten der Arbeiterinnen geschehen.
Weiter wurde angeführt, daß die Frau eines großen Fabrikanten
zu dessen Arbeiterinnen geküßelt habe, sie sollten sich nicht der
freien Vereinigung anschließen, denn das einkommende Geld
diene doch bloß dazu, dem Vorstande zu einem guten Leben zu
verhelfen. Hieran anschließend, forderte Frau Wientke die
anwesenden Arbeiterinnen auf, sich durch dergleichen Geschwätz
nicht vom Anschluss an den Verein abhalten zu lassen; derhalb
zu Vorlage kommende Kassendbericht werde das Un-
nütze jener Behauptung erweisen. Nachdem noch Herr
Wientke angeführt, daß ein Fabrikant seinen Mädchen
den Antrag gemacht hätte, sie sollten, wenn sie nicht genug ver-
dienen, auf die Straße gehen, und Gräulein Wabniz nach
Darlegung der traurigen Verhältnisse der Arbeiterinnen im All-
gemeinen energisch für den Verein eingetreten war, gelangte ein
Antrag zur Annahme, ein Beschußbuch anzuschaffen, damit
dieserjenige, welche sich nicht vertrauen, Beschuß über Miß-
stände im Verein öffentlich vorzubringen, dies schriftlich thun
können. Bevor die Versammlung schloß, gelangte folgende Reso-
lution zur Annahme:

„Die Versammelten erklären sich mit dem Referenten einver-
standen und verpflichten sich, energisch für den Verein zu agitieren,
damit derselbe blühe und gedeihe, um der kapitalistischen Aus-
beutung entgegenzutreten zu können.“

In der öffentlichen Versammlung der Ost- und West-
preußen, welche am 8. November stattfand, sprach Dr. Mühlke
über das Thema: „Insektenressende Pflanzen.“ Die nächste
Versammlung findet nicht am Sonntag, den 15. November, in
der „Reifource“, sondern am Sonntag, den 22. November, in
Gratweil's Bierhause statt. Alles Nähere wird noch im „Vor-
wärts“ bekannt gemacht.

Die öffentliche Versammlung der Glaser Berlin und
Umgebung, welche am 8. November stattfand, beschäftigte sich
mit einem in der Holzglaserie von Heinersdorf u. Co. aus-
gebrochenen Streik. Die Kollegen Remis, Friedrich und
Blummann, welche dort beschäftigt gewesen waren, legten der
Versammlung die Gründe dar, die zur Arbeitsniederlegung Ver-
anlassung gaben. Es handelte sich dabei in erster Linie um die
ihnen von Seiten des Werkführers Hoffe zu Theil gewordene
Behandlung, worüber unsere Leser durch eine Notiz des „Vor-
wärts“ schon unterrichtet sind. In Verbindung mit dieser Sache
stand noch die Forderung, daß Sonnabends eine Stunde weniger
gearbeitet werden sollte. Zu dieser Angelegenheit sprachen außer
den erwähnten die Kollegen Stampehl, Förster, Hake-
beil u. U. Es wurde die Bedeutung des Streiks für die Glaser
Berlins hervorgehoben, welche jetzt zum ersten Mal ihr
Solidaritätsgefühl beweisen sollten. Als kuriosum wurde er-
wähnt, daß Heinersdorf u. Co. in einer katholischen
Zeitung katholische Gesellen verlangte. Der Ober-
meint, wie er auch den mit ihm zwecks Einigungs-
erzielung in Verbindung getretenen Vertrauensmann Förster
erklärte, katholische Gesellen seien vor der sozialdemo-
kratischen Anstechung gefeit. Folgende Resolution gelangte ein-
stimmig zur Annahme: „Die Versammlung sieht den Ausstand
der Kollegen der Werkstatt P. W. Heinersdorf u. Co. für gerecht-
fertigt an und fordert die Kollegen auf, die Werkstatt zu meiden.
Sie sichern den vier Kollegen moralische und materielle Unter-
stützung zu.“ Weiter wurde beschlossen, der Unterstützungs-
kommission der Glaser das Recht zu erteilen, die vier Kollegen
während der Zeit des Ausstandes zu unterstützen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Zustände bei der
Firma G. Schmidt“, konnte wieder nicht verhandelt werden, da
von den 30 Kollegen der Firma nur 3 erschienen waren, was
daher führte, daß keine regelrechte Einladung an diese erfolgt
war und auf den Plakaten an den Säulen der Firma Raul und
Hartmann miltärisch die Namen herber zur Verbandlung stehen
den Firmen fortgelassen waren. Es wurden 4 Kollegen gewählt,
um in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten ein Flugblatt aus-
zuarbeiten, welches in einer am 11. November stattfindenden
Generalversammlung der Krankenkasse verlesen werden soll, um
damit für die am 30. Nov. bei Gratweil stattfindende öffentliche Ver-
sammlung zu agitieren, in der die Angelegenheit J. Schmidt ihre

Erledigung finden soll. Unter „Verschiedenes“ wurde nochmals
die in der letzten öffentlichen Versammlung besprochene Innungs-
und Innungs-Krankenkassen-Angelegenheit erörtert und beschlossen,
daß diejenigen Kollegen, welche noch dieser Klasse angehören, in
die demnächst stattfindende Generalversammlung derselben gehen
sollen, und hierfür agitieren werde, damit ein Antrag Förster zur
Annahme komme, welcher bezieht, die Wahlen zum Innungs-
Schiedsgericht aus der Innungsklasse, in welcher sie bis jetzt statt-
gefunden, zu verlegen. Zu Rednern für diese Versammlung
wurden Förster und Hakebeil bestimmt. Betont wurde,
ob man nach erreichtem Zweck überhaupt zum Innungs-Schieds-
gericht wählen werde, sei eine andere Sache. Es handelte sich
darum, den bei Innungsweikern arbeitenden Kollegen, welche aus
der Klasse ausgetreten, den Rücken frei zu machen.

Der Verein der Militär-Schneider hielt am 8. d. M.
seine Mitgliederversammlung ab. Der 1. und 2. Punkt der
Tagesordnung (Vortrag und Diskussion) mußte wegen Nicht-
erscheinens des Referenten ausfallen, und so schritt man zum
3. Punkt, Vierteljahresbericht, wonach sich 69 M. 79 Pf. Ein-
nahme, 28 M. 95 Pf. Ausgabe und 42 M. 84 Pf. Kassendbestand
ergab. Die Rechnungslegung wurde von den Revisoren für
richtig anerkannt und darauf dem Kassier Decharge erteilt. Der
4. Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Militär-
Schneider den Stücken gegenüber? Eventuelle Aufnahme in
unsern Verein“ wurde nach einer lebhaften Debatte dahin er-
ledigt, daß man den Stücken den Anschluss an den Deutschen
Schneiderverband oder den Arbeiterinnen-Verein empfahl.

Unter „Verschiedenes“ sprach Kollege Jdler über die
Lage der Pflanzschneider. Derselbe wies darauf hin, daß
trotzdem die Pflanzschneider schon jetzt bei normaler Arbeits-
zeit nicht im Stande wären, sich zu ernähren, da der Lohn zu
gering sei, daß Ministerium die Submissionsarbeit noch um
175 000 Mark billiger angesetzt habe. Danach sei es kein Wunder,
wenn die Herren Geschäftsinhaber den jetzigen Hungerlohn
noch mehr herabdrücken würden. Es wurde in dieser Sache eine
fünftägige Kommission gewählt, welche den Antrag hat, in
nächster Zeit das Ministerium über die niedrige Bezahlung und
die lange Arbeitszeit u. der Pflanzschneider zu unter-
richten. Wenn man die pünktliche Zahlung der hoch
angesehen Steuern verlange, solle man sich auch darum küm-
mern, was es für eine Soldaten- oder Schatzmanns
Uniform für Arbeitslohn giebt, und dafür sorgen,
daß die Arbeiter im Stande sind, erstens sich den Hunger zu
stillen und zweitens ihre Steuern zu zahlen. Bei diesem Lohn sei
keiner im Stande, den Pflichten nachzukommen, die an ihn gestellt
werden. Nachdem noch mitgeteilt worden war, daß ein Zu-
schneider der Firma Ros und Schulze den Lohn aus eigenem
Antriebe herabsetze, und über verschiedene Vereinsangelegenheiten
gesprochen worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung
mit der Aufforderung, daß jedes Mitglied kräftig für den An-
schluss aller Kollegen an den Verein agitieren möge.

Für Wilmersdorf und Umgebung fand am Mittwoch
Abend in Möller's Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine Volks-
versammlung statt behufs Entgegennahme des Berichts des Dele-
gaten Nielenz vom Parteitag und Vornahme von Wahlen.
Nielenz entledigte sich seiner Aufgabe in der unseren Lesern be-
reits aus früheren Versammlungsberichten bekannten Weise. In
der sehr lebhaft geführten Diskussion ergriff das Wort zuerst
Donnar. Derselbe wies darauf hin, daß früher viele Genossen
Singer um Unterstützung gebeten haben, so daß der Partei-
vorstand beschließen mußte, Singer solle sein Geld ohne seine,
des Vorstandes Zustimmung gewähren. Redner will damit be-
weisen, daß Schwarzer sich an dem Ruf der Parteileitung ge-
wisst hätten, wie es in dem Flugblatt hieß. (Herr Donnar
scheint den Unterschied zwischen Parteigeldern und
Privatmitteln nicht zu begreifen. Uebrigens ist von der
Parteileitung nie ein ähnlicher Beschluß gefaßt worden, wie
Donnar behauptet. Die Vertreter der Berliner Genossen haben
dagegen, um zu verhindern, daß Unwürdige die Freigebigkeit
Singers mißbrauchen, beschlossen, daß Unterstützungsgeluche aus
der Partei, welche an Singer gelangten, erst von den Genossen
geprüft werden sollen.) Was Werner's viele Reden nach
dem Haller Parteitag anlangt, so würde derselbe dazu im
Kreise nicht gekommen sein, wenn er nicht den
Parteigenossen empfohlen worden wäre. Käßler verurtheilt
das Vorgehen der Opposition; ihr Flugblatt charakterisire sie als
Anarchisten. Donnar verwahrt sich dagegen, daß man die
Oppositionellen als Anarchisten bezeichne. Auf seine Anfrage,
wo die in der von Bebel gegebenen Abrechnung nicht spezifizierten
7000 Mark der ausgegebenen Gelder geblieben seien, verliest
Jakobsen Bebel's Erklärung aus der Sonntagsummer des
„Vorwärts“. Berent ist vollständig der Ansicht, daß diejenigen,
welche auf dem Standpunkte des Flugblattes stehen, nicht zu
unserer Partei gehören können. Werner habe aber erklärt, er
stehe nicht auf dem Boden des Flugblattes. Wenn ein Mann
wie Kner, der zehn Jahre im Reichstage sisse, einem Genossen
in Süddeutschland auf eine Anstache derb antworte, so dürfe
man sich über die Derschheit Werner's, der noch nicht im Reichs-
tage gewesen habe, doch nicht wundern. Saginski solle nicht
auf dem Boden des Flugblattes stehen, sondern nur
gefragt haben: „Wenn alles das wahr ist, was im
Flugblatt steht, dann ist es noch lange nicht schief genug.“
(Diese Angabe ist falsch, Saginski hat sich für das Flug-
blatt ohne Einschränkung erklärt.) Redner ist der Meinung, daß
man die Opposition auf dem Parteitage und vor demselben in
einen Topf geworfen habe. Piesker hebt hervor, daß Werner
zum Delegierten für den Erfurter Parteitag im Kreise nicht ge-
wählt worden wäre, wenn er hier solche Sachen behauptet hätte,
wie sie im Flugblatt stehen.

Es wird folgende Resolution angenommen:
„Die heute in Wilmersdorf tagende öffentliche sozialdemo-
kratische Volksversammlung spricht dem Delegierten für seine Thätig-
keit und Berichterstattung ihren Dank aus, erklärt sich mit den Be-
schlüssen des Parteitages einverstanden und verpflichtet sich für die
Partei in diesem Sinne zu wirken. In Betreff der Opposition verur-
theilt die Versammlung entschieden die persönlichen, nicht zu
erweisenden Verdächtigungen gegen den Vorstand und spricht
letzterem ihr volles Vertrauen zu, erkennt jedoch eine sachliche
Opposition stets an.“

Der Vertrauensmann Piesker giebt darauf die Abrechnung,
aus der hervorgeht, daß 607 M. angekommen sind. Zum Ver-
trauensmann wird, da der bisherige bittet, einmal einen
Anderen zu wählen, Heinemann ernannt; in die Lokal-
kommission werden Gustav Neuter, Wilhelm Köhn und
Albert Einbele gewählt. Unter Verschiedenem erklärt
Donnar seinen Austritt aus der Partei. Jakobsen
weist darauf hin, daß Nielenz gesagt hat, die Opposition
habe zum großen Teil unter dem Sozialistengesetz
gelämpft: ob denn Bebel, Liebknecht u. s. w. nicht gelämpft
hätten? Albert Lindke ermahnt, die Lokale, welche ihre Mit-
glieder zu Versammlungen herbeizuleiten, allein zu besuchen. Für
Sonntag Vormittag um 11 Uhr sind die Genossen von Schulz zu
einem Frühstücken eingeladen. Die Kellerer theilten mit,
daß für die Angehörigen ihres Fachvereins jetzt das weiße
Erkenntniszeichen in Kraft getreten ist. Nachdem der Vorsitzende
noch ermahnt hat, die Arbeiterblätter zu lesen und namentlich das
„Charlottenburger Volkblatt“ zu abonnieren, schließt er mit einem
Doch auf die Sozialdemokratie die Versammlung, in welcher die-
selbe dreimal begeistert einstimmig.

Leitung, Lokalkommission! Die angelegte Sitzung kann Umstände
halber am Freitag nicht stattfinden.
Am Freitag, den 15. November, Abends 8 Uhr, wird Frau Desner bei
Heinersdorf, Alte Jakobstr. 75, einen öffentlichen Vortrag über einen im
nationalen Alter halten. (Für ihr Kommen.)
Freitag-Abend - und Osterabend des Eisler und anderen
gewerblicher Arbeiter (E. G. Hamburg Nr. 9). Die Mitglieder der Orts-
vereinigungen Berlins veröffentlichen sich am Freitag, den 15. November, Abends
8 Uhr, Gröpplerstr. 42 bei Gaudin.

